

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

176 · Juni 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

aus dem Inhalt

VorSatz

Kapitalismuskritik

JOHN BELLAMY FOSTER, BRETT CLARK
Das Imperium der Barbarei

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

KATJA KIPPING
Und weil der Mensch ein Mensch ist:
Garantiertes Grundeinkommen

SASCHA LIEBERMANN
Freiheit statt Vollbeschäftigung:
Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise

VorSatz

An einem Freitag Ende April im ICE von Kassel nach Berlin. Im Wagen ungewöhnlich lebendige Gesprächigkeit. Eine Gruppe von 60- bis 70jährigen, offensichtlich auf Wochenendausflug in die Hauptstadt, hat die Szene in der Hand. Einer ruft so laut, daß es der ganze Wagen hören muß: »Er hat doch Recht, der Münte!« »Na klar«, bestätigen ihm andere, und ein weiterer wirft ein: »Und es sind ja schon mehr als 75 Prozent der Bevölkerung, die seiner Meinung sind! Da sollen der Hundt und der Thumann mal ganz stille sein!« Das Gespräch wogt noch lange in dieser Tonart, keiner sieht Anlaß zu Widerspruch. Man ist sich einig: So geht das nicht weiter.

Die Episode paßt in die aufgeregte Medienlandschaft dieser letzten Apriltage. Franz Müntefering, der SPD-Vorsitzende, hat etwas Kritisches über den Kapitalismus gesagt, die Spitzen der Unternehmerverbände haben sich »scharf« und »nachdrücklich« dagegen zur Wehr gesetzt, und ein Ideologie-Aufpasser in Gestalt des Bundeswehrhochschulprofessors Michael Wolfssohn, der es als Historiker eigentlich besser wissen müßte, hat den SPD-Mann stracks in die Nähe des Antisemitismus gerückt. Oh heilige Einfalt der Maßlosigkeit! Wie aufgeblasen und folgenlos es sich da gleich auf allen Seiten der künstlich geschaffenen Barrikade schwadronieren läßt.

Was hat Müntefering eigentlich wirklich gesagt? Und gemeint? Schwamm drüber. Der 1. Mai war ein 1. Mai wie seit vielen Jahren schon. Es trafen sich die, die sich immer trafen, es wurden die üblichen Reden gehalten, und vielleicht hat sich auch hier und da ein Sozialdemokrat diesmal besonders entschlossen hinter seinen Vorsitzenden gestellt. Dabei ist es dann aber auch geblieben. Einen Kampfaufruf der SPD im »Münte«-Sinne jedenfalls hat es nicht gegeben, und die Blätterwald- und Kamerawogen sind auch längst wieder geglättet.

Aber mitnichten geglättet ist die gesellschaftliche Realität, und das ist das Schändliche an diesem Müntefering-Manöver: Daß es so etwas wie Kampf Stimmung oder Aktionsbereitschaft vorgaukelt, vielleicht sogar Lernfähigkeit (nachdem man doch seit sieben Jahren in der SPD-geführten Regierung nichts anderes tut als von unten nach oben zu verteilen statt von oben nach unten und nun, es könnte ja sein, zu neuen Einsichten gelangt ist) – und am Ende doch weiter nichts ist als ein Mediengag. Ein Gag, geeignet mal gerade noch für einen Augenblick der »Lufthoheit« in einem ICE-Abteil. Ein Gag, der die nun schon nach Millionen zählenden Armen in Deutschland noch weiter in die gesellschaftliche Isolierung treibt, weil er ihre Leiden und ihre Perspektivlosigkeit verharmlost. Ein Gag, der zeigt, welch unglaublich

che Kulturlosigkeit sich in der SPD breit gemacht hat: Einen medien-gerechten »Aufschrei« ihres Vorsitzenden über »Auswüchse« des Kapitalismus ist der Partei die von ihr selbst zu verantwortende Lage der Opfer der Zerschlagung des Sozialstaates wert – eine Programmatik, Strategie und Aktionsplanung, die diesen unsäglichen Zuständen ein Ende macht, aber nicht. »Selbstverständlich« nicht – denn da ist ja die angeblich durch nichts und niemanden zu beeinflussende »Logik des Marktes«.

Fehlt es der SPD an Informationen, Wissen und Material, um wissen zu können, was im Leben wirklich passiert? Und daraus die Kraft zu wirklich fundierter – und nicht nur mediengag-gemäßer – Kapitalismuskritik zu finden? Natürlich nicht. Sie schreiben ja unentwegt, die Kritikerinnen und Kritiker des Systems, und ihre Bücher erscheinen in renommierten Verlagen, und nicht wenige von ihnen sind der SPD eher nah als fern. Zwei Beispiele mögen hier genügen: »So viel staatliche Mißwirtschaft wie in der Zeit des Treuhandkommandos hat es in Ostdeutschland während der ganzen DDR-Zeit nicht gegeben«, schreibt Daniela Dahn in ihrem neuesten Buch »Demokratischer Abbruch«, das bei Rowohlt gedruckt worden ist, und weiter: »Der Osten wird neuerdings gern als Milliardengrab verdammt. Wäre es nicht ergiebiger, den sozialen Reichtum als Billionengrab zu enttarnen?« Aber sie weiß schon, auf welch glattes Parkett sie sich mit ihren Überlegungen begibt, denn: »Ein solidarischer Lastenausgleich, wie nach dem Krieg noch durchsetzbar, ist nicht mehr opportun. Der Verweis auf die im Grundgesetz verankerte Sozialpflichtigkeit von Eigentum ist schon ein revolutionärer Akt.«

Aus Süddeutschland sekundiert Heribert Prantl (in seinem bei Droemer erschienenen Buch »Kein schöner Land«): »So also ist die Lage aus der Sicht des Kapitals: Der Sozialstaat verwandelt sich in den Kapitalstaat. Sozialpolitik war der Tribut, den das Kapital im Interesse möglichst reibungslosen Wirtschaftens über hundert Jahre lang nolens volens zu entrichten bereit war. Weil heute der Gegner keine Kraft mehr hat, ist es damit vorbei.«

In »UTOPIE kreativ« sind kritische Befunde zur Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus von den ersten Ausgaben der Zeitschrift im Jahre 1990 an zu lesen. Im vorliegenden Heft sind Autorinnen und Autoren ganz unterschiedlichen Alters und Herkommens zu dieser Thematik versammelt: Aus den USA kommt von Veteranen der Kapitalismuskritik eine fundamentale Auseinandersetzung mit dem »Imperium der Barbarei«, aus Deutschland meldet sich die Generation der Dreißigjährigen zur Problematik der Privatisierung öffentlicher Güter und zur Notwendigkeit der Schaffung eines für alle garantierten und von den entwürdigenden Zwängen der jetzigen Arbeits-»Agenturen«-Praxis befreiten Grundeinkommens zu Wort, und auch um die Frage nach dem »Guten« und »Bösen« macht die Zeitschrift keinen Bogen.

Wie sie auch – selbstverständlich – um die Frage des »Wie weiter?« der PDS keinen Bogen macht. Die Dinge spitzen sich zu. Wo sich die SPD nur noch in Mediengags zu retten weiß, ist der PDS entschieden Anderes abverlangt.

WOLFRAM ADOLPHI

JOHN BELLAMY FOSTER, BRETT CLARK

Das Imperium der Barbarei

»Ein neues Zeitalter der Barbarei ist über uns gekommen«. Mit diesen Worten beginnt der Leitartikel von *Business Week* am 20. September 2004 – eine Aufmachung, die unmißverständlich darauf gerichtet war, Öl ins Feuer der Anti-Terrorismus-Hysterie zu gießen. Den Blick auf die in Rußland ermordeten Schulkinder, die in Bussen in Israel getöteten Frauen und Kinder, die im Irak geköpften amerikanischen, türkischen und nepalesischen Arbeiter, auf die fast zweihundert Menschen, die in einem spanischen Nahverkehrszug ums Leben kamen, und die weiteren hunderten Opfer in Bali richtend, erklärte die Zeitung: »Amerika, Europa, Israel, Ägypten, Pakistan und Regierungen überall in der Welt werden von islamischen Extremisten angegriffen, und diese Terroristen haben nur ein Ziel – die moderne säkulare Gesellschaft zu vernichten.« So wird die westliche Zivilisation als in Opposition zu den Barbaren befindlich dargestellt – zu Barbaren, die zerstören wollen, was als Gipfel der sozialen Evolution gilt.

Was aber bei dieser vom Establishment praktizierten Sichtweise vollkommen untergeht, ist die räuberische Rolle des US-amerikanischen und europäischen Imperialismus selbst. Es ist wahr, daß wir in einem »neuen Zeitalter der Barbarei« leben. Die Wurzeln dessen liegen aber nicht im religiösen Fundamentalismus, sondern in etwas, das Marx als die bürgerliche Zivilisation begleitende Barbarei betrachtet hat und von Rosa Luxemburg als »die von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmer«¹ bezeichnet wurde. Wir müssen, wenn wir das ganze Ausmaß der Barbarei unserer Zeit erkennen wollen, den globalen Kapitalismus unter die Lupe nehmen, müssen insbesondere untersuchen, was die USA und Großbritannien im Irak treiben – auf dem gegenwärtigen Hauptfeld des imperialistischen Konflikts.

Der Begriff der Barbarei

Der Begriff der Barbarei hat im gesellschaftlichen Denken im allgemeinen und in der sozialistischen Theorie im besonderen eine lange Geschichte. Der griechische Begriff *barbaros* bezog sich ursprünglich auf all diejenigen, die kein Griechisch sprachen. Ähnlich wie alle anderen antiken Zivilisationen stellten die Griechen sich selbst als im Zentrum der Welt lebend dar – und alle anderen sahen sie dementsprechend in einer geographischen und kulturellen Peripherie (oder Halb-Peripherie) angesiedelt. Nach dem Triumph der Griechen in den persischen Kriegen wurden alle Barbaren als minderwertig

Der hier vorliegende Artikel ist eine Übersetzung aus dem Amerikanischen des Beitrages »Empire of Barbarism« aus: *Monthly Review*, New York, Dezember 2004, S. 1-15.

Wir danken der Redaktion der »Monthly Review« für die freundliche Genehmigung zu Übersetzung und Abdruck in »UTOPIE kreativ«.

1 Rosa Luxemburg: *Die Krise der Sozialdemokratie*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin 1976, S. 163.

2 Jona Lendering: The Edges of the Earth in Greek and Roman Thought, <http://www.livius.org/ea-eh/edges/edges.html>.

3 Hier zitiert nach der englischen Fassung des Strabo-Werkes: Geography 4.1.14.

4 Strabo, Geography 1.1.17.

5 Ebenda, 4.1.12.

betrachtet. Daher war die Unterscheidung zwischen den überlegenen zivilisierten Völkern im Zentrum der Welt und den minderwertigen Barbaren an der Peripherie wesentlicher Bestandteil griechischen und lateinischen Denkens. Plato vertrat eine Doktrin der natürlichen Sklaverei, bei der er davon ausging, daß die Griechen das Recht hatten, die Barbaren entweder zu töten oder zu Sklaven zu machen.²

In den Werken Strabos (etwa 64 v. Chr. bis 24 n. Chr.) erlebte diese Version der Unterscheidung zwischen Barbarei und Zivilisation ihren Höhepunkt. Strabo hatte in Rom studiert und vertrat eine sehr romanische Weltanschauung. Sein 17 Bände umfassendes Werk *Geographie* stellt die Barbarei als Verkörperung einer *verkehrten* Welt dar – im Gegensatz zu der der Griechen und Römer, die eine Lebens- und Produktionsweise entwickelt hatten, die *zivil* war. In seiner Theorie der Barbarei ist der geographische Unterschied mit dem Unterschied in den Produktionsweisen verbunden.³ Die zivilisierten Völker besiedelten demnach die fruchtbarsten Böden, auf denen eine seßhafte Landwirtschaft zu betreiben möglich war. Und im Gegensatz zu diesen zivilisierten, Brot essenden Menschen – hauptsächlich Stadtbewohnern und Bauern, die in Stadtnähe wohnten – waren die Barbaren kämpferische Nomaden, die sich von Fleisch und Milchprodukten ernährten und ständig unter Waffen standen. Die Barbaren galten als Gewalt liebend und unter Umständen lebend, die ihnen keine Wahl ließen außer der, zu plündern und zu stehlen.

Daher nahm der Begriff *Barbarei* zwei verschiedene Bedeutungen an, die sich jeweils auf zwei verschiedene Vorstellungen von *Zivilisation* bezogen. Wo *Zivilisation* gleichbedeutend war mit Stadtbewohner, war *Barbarei* gleichbedeutend mit Nicht-Stadtbewohner, mit Peripherie. Und wo *Zivilisation* gleichbedeutend war mit Recht und Kultur, verkörperte die *Barbarei* den Mangel an beidem und die Herrschaft der Brutalität. Die Barbaren waren für unkonventionelle Kriegführung bekannt. Mit der wohlorganisierten römischen Armee konfrontiert, »führten sie in Sümpfen, in Wäldern ohne Wege und in Wüsten einen Guerilla-Krieg«.⁴

Aber der wesentliche trennende Aspekt zwischen der *Zivilisation* und den Barbaren war – so Strabo – nicht dies, sondern die unterschiedliche Produktionsweise. Diese hatte ihre Ursache vor allem in den geographischen Bedingungen. Die barbarische Bevölkerung lebte in den weniger fruchtbaren, bergigen, nördlichen Regionen, die ans Meer grenzten. Eine gewisse Entwicklungsfähigkeit konzidierte Strabo dabei der barbarischen Bevölkerung durchaus – und zwar insofern, als sie lernte, zivilisiertere Produktionsweisen zu kultivieren. Einige Barbaren beschrieb er sogar als »nicht mehr barbarisch«, weil sie römische Lebens- und Produktionsweise einführten.⁵ Insbesondere dann, als sie mit der Produktion von Fleisch und Rohstoffen für die Römer begannen, wurden sie als »zivilisierter« angesehen.

Während sich in der griechischen und lateinischen Literatur das Konzept »*Zivilisation* gegen *Barbarei*« um die Idee eines Zentrums hier und einer Peripherie da rankte, betrachteten die frühen Sozialisten, die im Feudalismus, der in Westeuropa auf das römische Imperium folgte, eine tausendjährige universelle *Barbarei* sahen, die *Barbarei* als ein Entwicklungsstadium, das sich keineswegs nur auf die

Peripherie beschränkt. Der französische utopische Sozialist Charles Fourier war der Auffassung, daß es sich bei der Barbarei um ein Stadium handle, das dem der Zivilisation unmittelbar vorangehe. Die Barbarei – so Fourier – zeichne sich durch Gewalt und die absolute Versklavung der Frau aus. Ihren Höhepunkt habe sie in der Massensklaverei gefunden. Die auf die Barbarei folgende Zivilisation, die er durch monogame Heirat und die bürgerlichen Freiheiten der Frau sowie durch die Entwicklung der Großindustrie und des damit verbundenen Klassenkampfes charakterisiert sah, sei freilich in vieler Hinsicht genauso brutal wie die Barbarei, ja sogar noch raffinierter in der Form. Tatsächlich – meinte Fourier – verschärfe die Zivilisation die Ausbeutung der Weltbevölkerung und bringe immer mehr bewaffnete Konflikte hervor. »Kriege und Revolution«, so schrieb er, »entbrennen unaufhörlich auf der ganzen Erde. Die eben erst beschworenen Stürme brechen von neuem los, wie die Köpfe der Hydra unter den Streichen des Herkules sich verdoppelten. Der Friede ist trügerisch, ist nur ein kurzer Traum. Die industrielle Tätigkeit ist für das Volk zur Qual geworden, seit eine Pirateninsel die Verbindungen abschneidet, die Kultivierung zweier Kontinente hemmt und die Werkstätten zu Armenasylen macht. (...) der Krämergeist hat dem Verbrechen neue Bahnen eröffnet. Mit jedem Krieg zerrüttet er die beiden Hemisphären und verbreitet den Skandal zivilisierter Habsucht bis unter die Wilden. Unsere Schiffe befahren die Weltmeere, nur um die Barbaren und Wilden an unseren Lastern, unserer Raserei teilnehmen zu lassen. Je näher ihr Fall bevorsteht, desto abscheulicher wird die Zivilisation. Die ganze Welt ist nur noch ein nichtswürdiges politisches Chaos. Sie ruft nach einem neuen Herkules, der sie von den gesellschaftlichen Auswüchsen befreien soll, die sie entehren.«⁶

Die Folge dieser globalen und in gewisser Hinsicht noch immer barbarischen Produktionsweise waren Armut und Hungersnot für die große Mehrzahl der Weltbevölkerung auf der einen und die Bereicherung einer kleinen Anzahl von Menschen in den zivilisierten Nationen auf der anderen Seite.

Marx und die Barbarei der bürgerlichen Zivilisation

Die Art, wie sich Karl Marx mit der Barbarei befaßte, war – obwohl in seinen Werken nur verstreut aufzufinden – komplex und widerspiegelt seine Sicht auf die der Zivilisation bzw. dem Kapitalismus innewohnenden tiefen Widersprüche, die sowohl Niedergang als auch Fortschritt (zum Kommunismus) möglich machen. Er bezog sich in seinen Untersuchungen sowohl auf die Barbarei als Entwicklungsstadium als auch auf die Zentrum-Peripherie-Problematik. Marx verwandte den Begriff *Barbarei* ebenso in bezug auf die Rolle der Gewalt und Brutalität in der Geschichte im allgemeinen und im Kapitalismus auf der Ebene des Klassenkampfes und des Imperialismus im besonderen – womit auch seine Bezugnahme auf *die Barbarei in der Zivilisation* erklärt ist. In seinen ethnologischen Notizen, die er am Ende seines Lebens anfertigte, übernahm er von Lewis Henry Morgan die Betrachtungsweise der Barbarei als eines Entwicklungsstadiums der Menschheit. Morgan hatte in seinem Buch *Ancient Society* (Frühgesellschaft) die niederste Stufe Barbarei

6 Charles Fourier: Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen. Hrsg. von Theodor W. Adorno, eingeleitet von Elisabeth Lenk, deutsche Übertragung von Gertrud von Holzhausen, Frankfurt a. M. 1966, S. 156-157. Eine andere Übertragung ins Deutsche siehe: Charles Fourier: Ökonomisch-philosophische Schriften. Eine Textauswahl, übersetzt und mit einer Einleitung hrsg. von Lola Zahn, Berlin 1980.

mit der Produktion von Töpferwaren verbunden, die mittlere Stufe in der östlichen Hemisphäre mit der Domestizierung von Tieren und in der westlichen mit der Entwicklung von Bewässerungstechniken sowie der Verwendung von Lehmziegeln und Steinen in der Architektur, und schließlich die höchste Stufe mit der Herstellung von Eisen und der Einführung des phonetischen Alphabets. Vieles von Morgans anthropologischem Schema – und eben auch seine Behandlung des Themas Barbarei als Stadium zwischen Wildheit und Zivilisation – hat Engels in seinem Werk *Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* übernommen. Was uns hier aber vor allem interessiert, ist nicht so sehr dieser direkte Rückgriff auf Morgan durch Marx und Engels, sondern deren allgemeine Verwendung des Begriffs der Barbarei.

Marx verstand die Ausbeutung unter dem Kapitalismus als häufig unter barbarischen Bedingungen stattfindend und die Raubtier-Natur der bürgerlichen Zivilisation zum Ausdruck bringend. Mit Bezug auf die Erniedrigung und Entwürdigung des Lebens, die im Zuge des Kapitalismus stattfand, schrieb er in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* 1844: »Die rohsten Weisen (und Instrumente) der menschlichen Arbeit kehren wieder, wie die *Tretmühle* der römischen Sklaven zur Produktionsweise, Daseinsweise vieler englischen Arbeiter geworden ist« (Hervorhebungen i. O.).⁷

In seinem Manuskript *Arbeitslohn* von 1847 bezeichnete Marx den Gebrauch der Tretmühle in der modernen kapitalistischen Produktion (und in Strafanstalten) metaphorisch als eine Krankheit. Die Tretmühle, schrieb er, sei in der Zivilisation wieder aufgetaucht. »Die Barbarei erscheint wieder, aber aus dem Schoß der Zivilisation selbst erzeugt und ihr angehörig; daher aussätzige Barbarei, Barbarei als Aussatzkrankheit der Zivilisation.«⁸

Um die Bedeutung der Marxschen Kritik richtig verstehen zu können, muß man wissen, welche Rolle der Tretmühle als ein Instrument des Quälens und der Terrorisierung der Arbeiter, die ihr ausgeliefert waren, zukam. Im Jahre 1818 hatte William Cubbit englische Gefangene einer solchen Tretmühle ausgeliefert, die – laut einer Beschreibung in *Scientific American* im Oktober 1971 – Männer beschäftigte, »um Korn zu mahlen und Energie für andere Maschinen zu liefern. Jeder Gefangene mußte in sechs Stunden 2630 Meter senkrecht kletternd auf der Tretmühle zurücklegen. Diese Leistung ist vergleichbar mit der, sechzehnmal die Treppen des Washington-Monuments hochsteigen und dafür jedesmal nur 20 Minuten zu benötigen.«⁹

Für Marx bedeutete die Wiedereinführung der Tretmühle eine von der bürgerlichen Zivilisation häufig angewandte Tortur der Ausbeutung. Die Tretmühle als »Aussatz der Zivilisation« – weil sie genau wie diese Krankheit den Körper zerfraß und weil der Aussatz (Lepra), der im Mittelalter in Europa verbreitet war, als Metapher für die Wiederkehr der mittelalterlichen Barbarei in den Schoß der bürgerlichen Zivilisation selber gelten konnte. Im *Ökonomischen Manuskript von 1861-63* zitierte Marx den russischen Ökonomen Heinrich Friedrich von Storch mit einem Hinweis auf die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und die Untergrabung der Gesundheit der Lohnarbeiter als Ausdruck des Rückgangs zur Barbarei, die häufig das Wachstum der bürgerlichen Zivilisation begleite.¹⁰

7 Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844*, Drittes Manuskript Teil 1: Bedürfnis, Produktion und Arbeitsteilung, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Ergänzungsband Erster Teil, Berlin 1968, S. 548.

8 Karl Marx: Aus dem handschriftlichen Nachlaß. *Arbeitslohn*, in: MEW, Bd. 6, a. a. O. 1968, S. 553.

9 E. S. Ferguson: The Measurement of the »Man day«, in: *Scientific American* vol. 225, no. 4 Oktober 1971, pp. 96-103.

10 Die gemeinte Passage ist in den hier sonst zitierten MEW nicht enthalten. Siehe jedoch: Karl Marx, Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Bd. II 3.6, Berlin

Marx bezog sich aber auf die Barbarei auch als etwas, das außerhalb der Kultur der Zivilisation existierte, isoliert von dem Leben in den Städten und von dem sozialen und politischen Verkehr. In diesem Sinne waren für ihn die französischen Bauern, die in ihrer Unterstützung des Bonapartismus eine besonders reaktionäre Rolle spielten, Repräsentanten derjenigen Klasse, die die »Barbarei in der Zivilisation« repräsentierten. Der periodische Zusammenbruch des ökonomischen Fortschritts unter dem Kapitalismus und die dadurch verursachte Armut und Not bildeten eine Art Regression; daher bezeichneten Marx und Engels im Teil I des *Kommunistischen Manifests* die ökonomische Krise als einen »Zustand momentaner Barbarei.«¹¹

Eine mehr globale Sicht auf die Barbarei vertraten Marx und Engels in ihrer Behandlung des Verhältnisses zwischen dem Zentrum und der Peripherie in der kapitalistischen Weltwirtschaft. In ihrer Lobrede auf das Bürgertum, die im Teil I des *Kommunistischen Manifests* einen großen Raum einnimmt, merkten sie an, wie das Bürgertum »die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht« hat.¹²

Und weiter: »Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt.«¹³ Im zaristischen Rußland, an der »Halbperipherie« Europas gelegen, sah Marx eine die revolutionären Bewegungen des Westens bedrohende Bastion der Barbarei.

In seiner Kritik am Kolonialismus aber faßte Marx den Begriff Barbarei wieder anders. Barbarei war nun das, was der moderne Bourgeois des Westens aus sich selbst macht, wenn er die Welt ganz nach seinem Bilde ohne Einmischung von außen formen kann. »Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen.«¹⁴

In seinen späteren Werken wurde Marx gegenüber dem britischen Imperialismus in Indien in dem Maße immer kritischer, in dem ihm bewußt wurde, was von Mike Davis kürzlich als »Viktorianische Massenvernichtungen« bezeichnet wurde¹⁵: die Gleichzeitigkeit von imperialistischer Enteignung der indischen Gesellschaft von ihrem Eigenkapital, schweren Hungersnöten und dem Hungerlohn für indische Arbeiter. (Der Lohn, den die Briten 1877 den Arbeitern in Madras für körperliche Schwerstarbeit zahlten, hatte – in Kalorien umgerechnet – einen niedrigeren Wert als der, den die Nazis 1944 für Schwerstarbeit im KZ Buchenwald zahlten.) Marx notierte, daß die britische Expansion die indische Industrie vernichtete, Elend und Erniedrigung verbreitete und das Land in einen Produzenten landwirtschaftlicher Rohprodukte für Großbritannien verwandelte. Der britische Imperialismus war in der Tat eine Macht der Zerstörung, die Indiens produktive Kräfte vernichtete und Unterentwicklung verursachte – auch wenn er andererseits die Kräfte der modernen Industrialisierung in die indische Gesellschaft einführte. In seinen Aus-

1982, S. 2095. Dort – in Heft XX des Manuskripts von 1861-63, Teil 3: Der relative Mehrwert, Abschnitt h: Relativer und absoluter Mehrwert – ist Storch unter der fortlaufenden Marxschen Blattnumerierung 1286 im französischen Original zitiert: »C'est un résultat bien remarquable de l'histoire philosophique de l'homme, que le progrès de la société en population, en industrie et en lumières sont toujours acquis aux dépens de la santé, de la dextérité et de l'intelligence de la grande masse du peuple ... le bonheur individuel du grand nombre est sacrifié à celui d'un petit nombre d'individus et il serait douteux, lequel de ces deux états, de la barbarie ou de la prospérité mérite la préférence, si l'insécurité attachée au premier ne faisait pencher la balance en faveur du second. (342, 43. H. Storch. Cours d'Ec. Pol. T. III ed. Say. 1823.)« (Hervorhebung i. O.).

11 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, a. a. O. 1959, S. 468.

12 Ebenda, S. 466.

13 Ebenda.

14 Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, a. a. O. 1960, S. 225.

15 Mike Davis: Late Victorian Holocausts. El Nino Famines and the Making of the Third World, New York 2001. Die in Hamburg 2004 erschienene deutsche Ausgabe trägt den Titel: Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtungen im imperialistischen Zeitalter.

16 Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, in: MEW, Bd. 23, a. a. O. 1968, S. 779. Zitiert wird dort: William Howitt: *Colonization and Christianity. A Popular History of the Treatment of the Natives by the Europeans in all their Colonies*, London 1838, p. 9. Vgl. außerdem: Karl Marx an Nikolai Franzewitsch Danielson, London, 19. Februar 1881, in: MEW, Bd. 35, a. a. O. 1967, S. 154-158. Marx und Engels verwendeten den Begriff *Barbarei* nicht in eurozentrischer Weise. In einer Analyse der Kriege zwischen Christen und Mauren in Spanien waren es die Christen, die von Engels als *Barbaren* bezeichnet wurden. Siehe Friedrich Engels: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)*, in: MEW, Bd. 20, a. a. O. 1962, S. 170.

17 Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, a. a. O., S. 462.

fürungen zur »Genesis des industriellen Kapitalisten« im *Kapital*, Band I, zitiert Marx zustimmend William Howitt aus dessen Werk *Colonisation and Christianity*. Howitt hatte geschrieben: »Die Barbareien und ruchlosen Greuelthaten der sog. christlichen Racen, in jeder Region der Welt und gegen jedes Volk, das sie unterjochen konnten, finden keine Parallele in irgendeiner Ära der Weltgeschichte, bei irgendeiner Race, ob noch so wild und ungebildet, mitleidlos und schamlos.«¹⁶

Ein Gemeinplatz der Kritik am Marxschen Denken besteht darin, festzustellen, daß in ihm die Geschichte als von Natur aus progressiv betrachtet werde. Das *Kommunistische Manifest* ist dasjenige Werk, welches am häufigsten als repräsentativ für einen solchen extremen Progressismus betrachtet wird. Doch schrieben Marx und Engels am Anfang des *Manifests* in bezug auf die Klassenkämpfe, die die Geschichte aller bisherigen Zivilisation bestimmt hatten: »Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete *oder* mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen« (Hervorhebung d. Ü.)¹⁷

Dem Zerfall des römischen Reichs, das mit dem »gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen« einher ging (und mit Barbarei im Inneren und Äußeren), folgte im Westen eine lange Zeit der mittelalterlichen Barbarei. Weder Marx noch Engels unterschätzten die Rolle der Macht in der Geschichte noch deren regressiven Einfluß. Geschichte konnte sich deshalb *entweder* in Richtung Sozialismus vorwärts entwickeln *oder* zurück zur Barbarei – oder noch schlimmer: zu einer systematischeren, kapitalistischen Form der Barbarei führen, nackt in ihren imperialistischen Verhältnissen (Hervorhebung d. Ü.).

Marx' Analyse der durch den Kapitalismus verursachten ökologischen Zerstörung – des Stoffwechsellisses – enthält ebenfalls den Hinweis auf die Möglichkeit der geschichtlichen Regression, weil die Brüche in den natürlichen Systemen Umweltkrisen für die Gesellschaft verursachen. Indem er die Erde beraubt und die Städte mit Abfall verschmutzt, unterminiert der Kapitalismus die materiellen Lebensgrundlagen. Alle Zivilisation – so hob Marx hervor – hinterließ Wüsten. Im selben Absatz in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten*, in dem Marx von der Wiedereinführung der Trebmühle als Rückgang in die Barbarei in der Produktion schrieb, behandelte er auch die Umweltverschmutzung durch die Industriestädte in Großbritannien und die ökologische Zerstörung durch den Kapitalismus: »Teils zeigt sich diese Entfremdung, indem die Raffinierung der Bedürfnisse und ihrer Mittel auf der einen Seite die viehische Verwildrung, vollständige, rohe, abstrakte Einfachheit des Bedürfnisses auf der andren Seite produziert; oder vielmehr nur sich selbst in seiner gegenteiligen Bedeutung wiedergeibt. Selbst das Bedürfnis der freien Luft hört bei dem Arbeiter auf, ein Bedürfnis zu sein, der Mensch kehrt in die Höhlenwohnung zurück, die aber nun von dem mephytischen Pesthauch der Zivilisation verpestet ist und die er nur mehr *prekär*, als eine fremde Macht, die sich ihm täglich entziehn, aus der er täglich, wenn er nicht zahlt, herausgeworfen

werden kann, bewohnt. Dies Totenhaus muß er *bezahlen*. Die *Licht*-wohnung, welche Prometheus bei Aeschylus als eines der großen Geschenke, wodurch er den Wilden zum Menschen gemacht, bezeichnet, hört auf, für den Arbeiter zu sein. Licht, Luft etc., die einfachste *tierische* Reinlichkeit hört auf, ein Bedürfnis für den Menschen zu sein. Der *Schmutz*, diese Versumpfung, Verfaulung des Menschen, der *Gossenablauf* (dies ist wörtlich zu verstehen) der Zivilisation wird ihm ein *Lebenselement*. Die völlige *unnatürliche* Verwahrlosung, die verfaulte Natur, wird zu seinem *Lebenselement*« (Hervorhebungen i. O.)¹⁸

Engels machte in seinem Werk *Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen* auf die Zerstörung der natürlichen Umwelt durch den Menschen und die hierdurch verursachte Untergrabung der Zivilisation aufmerksam. Die Menschen – notierte er unter anderem – hätten durch die Zerstörung der Wälder ein Ansteigen der Temperatur verursacht.¹⁹ Diese Betrachtungsweise hat nichts mit einer simplen progressiven Vision zu tun, sondern sie verweist darauf, daß der Zivilisation eine Rückkehr zur Barbarei als eine mögliche Entwicklungsrichtung innewohnt.

Rosa Luxemburg und »die von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmer«

Es war Rosa Luxemburg, die diesen Aspekt der Marxschen Dialektik im Kontext der globalen imperialistischen Expansion, der Krise der deutschen Sozialdemokratie, des Ersten Weltkriegs und des Aufkommens vorkommunistischer Zustände weiter ausarbeitete. Im Dezember 1918 – einen Monat, bevor sie nach der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes ermordet wurde – schrieb sie einen Artikel unter der Überschrift »Was will der Spartakusbund?«, in dem sie die Geschichte vor die Wahl gestellt sah: »Sozialismus oder Barbarei«. Wenn das Letztere – die Fortsetzung der kapitalistischen Verhältnisse – fortbestünde, würde die Geschichte in neue Kriege, Hungersnöte und Krankheiten münden. Die Herrschenden hätten zu aller Zeit »Ströme von Blut vergossen«, seien »über Leichen, Mord und Brand geschritten«, hätten »Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen«. Die Fortentwicklung der imperialistischen Barbarei zeige sich als eine immer brutalere und betrügerischere und drohe, die Welt »in einen rauchenden Trümmerhaufen (zu) verwandeln.«²⁰ »Sozialismus«, sagte sie an anderer Stelle, »ist Notwendigkeit geworden nicht bloß deshalb, weil das Proletariat unter den Lebensbedingungen nicht mehr zu leben gewillt ist, die ihm die kapitalistischen Klassen bereiten, sondern deshalb, weil, wenn das Proletariat nicht seine Klassenpflichten erfüllt und den Sozialismus verwirklicht, uns allen zusammen der Untergang bevorsteht.«²¹ Das von der Barbarei geprägte Schicksal also als der von Marx gemeinte »gemeinsame Untergang der kämpfenden Klassen«.

In ihrer berühmten *Junius-Broschüre (Die Krise der Sozialdemokratie)* hatte Luxemburg einige Jahre vorher, als sie wegen ihres Kampfes gegen den Ersten Weltkrieg im Gefängnis saß, auf die reaktionären Tendenzen und die entsetzliche Möglichkeit eines Zweiten Weltkriegs aufmerksam gemacht, der in seinem Ausmaß noch

18 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, a. a. O., S. 548.

19 Vgl. Friedrich Engels: Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, in: MEW, Bd. 20., a. a. O. 1962, S. 444-445

20 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 446.

21 Rosa Luxemburg: Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 496.

katastrophaler werden würde als der erste. Schon jetzt profitierten die Kapitalisten von den Zerstörungen, »Städte werden zu Schutthäufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien«. Der Kapitalismus schreite »im Blute wadend, von Schmutz triefend« voran, die »bürgerliche Gesellschaft« zeige sich »als reißende Bestie, als Heixensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit (...) in ihrer wahren, nackten Gestalt.«²² Dem »Triumph des Imperialismus« folgten der »Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof«.²³ Es war dieser Zusammenhang, den Rosa Luxemburg meinte, wenn sie von den »von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern« sprach.²⁴

Rosa Luxemburg machte insbesondere auf die Zerstörungen in der Peripherie aufmerksam, in Afrika, dem Nahen Osten und in China – sämtlich Regionen, die vom europäischen Imperialismus erobert worden waren. Aller Reichtum der Welt werde dem Kapital untergeordnet werden und die Weltbevölkerung in Lohnsklaven verwandelt. Die »Kulturwelt« – von ihr völlig zu Recht mit Anführungszeichen versehen – habe sich in die furchtbarste und brutalste Art von Barbarei, die die Welt je erlebt hatte, verwandelt, ausgerüstet mit Waffen von ungeheurer Zerstörungskraft und angetrieben vom unersättlichen Drang nach ökonomischer Expansion: »Die ›Kulturwelt‹, welche gelassen zugesehen hatte, als derselbe Imperialismus Zehntausende Hereros dem grausigsten Untergang weihte und die Kalahariwüste mit dem Wahnsinnschrei Verdurstender, mit dem Röcheln Sterbender füllte, als in Putumayo binnen zehn Jahren vierzigtausend Menschen von einer Bande europäischer Industrieritter zu Tode gemartert, der Rest eines Volkes zu Krüppeln geschlagen wurde, als in China eine uralte Kultur unter Brand und Mord von europäischen Soldateska allen Greueln der Vernichtung und der Anarchie preisgegeben ward, als Persien ohnmächtig in der immer enger zugezogenen Schlinge der fremden Gewaltherrschaft erstickte, als in Tripolis die Araber mit Feuer und Schwert unter das Joch des Kapitals gebeugt, ihre Kultur, ihre Wohnstätten dem Erdboden gleichgemacht wurden – diese ›Kulturwelt‹ ist erst heute gewahr geworden, daß der Biß der imperialistischen Bestien todbringend, daß ihr Odem Ruchlosigkeit ist. Sie hat es erst bemerkt, als die Bestien ihre reißenen Pranken in den eigenen Mutterschoß, in die bürgerliche Kultur Europas krallten. Und auch diese Erkenntnis ringt sich in der verzerrten Form der bürgerlichen Heuchelei durch, worin jedes Volk die Infamie nur in der nationalen Uniform des anderen erkennt. ›Die deutschen Barbaren!‹ – wie wenn nicht jedes Volk, das zum organisierten Mord auszieht, sich in demselben Augenblick in eine Horde Barbaren verwandelte. ›Die Kosaken-Greuel!‹ – wie wenn nicht der Krieg an sich der Greuel aller Greuel, wie wenn die Anpreisung der Menschenschlächtere als Heldentum in einem sozialistischen Jugendblatt nicht geistiges Kosakentum in Reinkultur wäre!«²⁵

Inspiziert von den Analysen Rosa Luxemburgs hat der aus Sri Lanka stammende Marxist G. V. S. de Silva den Begriff der Barbarei in seinem Buch *The Alternatives: Socialism or Barbarism* (Die Alternativen: Sozialismus oder Barbarei) weiterentwickelt. De Silva

22 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 53.

23 Ebenda, S. 62.

24 Ebenda, S. 163.

25 Ebenda, S. 161-162.

meint, daß die traditionelle marxistische Idee von der Produktionsweise als aus dem Kapitalismus über den Sozialismus zum Kommunismus sich entwickelnd überarbeitet werden müsse. Weder führe der Kapitalismus notwendig zum Sozialismus noch dieser Letztere notwendig zum Kommunismus. Sowohl Kapitalismus als auch Sozialismus können zur Barbarei degenerieren, die eine brutale Alternative zum Kommunismus darstellt. De Silvas Begriff von Barbarei bezieht sich auf eine Gesellschaft, die sich gleichzeitig stützt auf: *erstens* Gewalt; *zweitens* die von Orwell in 1984 beschriebene ideologische Kontrolle; *drittens* die Zerstörung aller Gegenmächte, so daß ökonomische Interessen direkt mit einem nur minimalen Staat durchgesetzt werden können; *viertens* einen »festgelegten Konsum nutzloser Produkte«, der zur Ablenkung der Bevölkerung dient; und *fünftens* die extreme Unterwerfung der Natur in allen ihrer Aspekten. Ohne einen revolutionären Wandel der qualitativen Dimension der Weltwirtschaft und ohne eine Beendigung der kapitalistischen Ausbeutung der Natur werde der Geist der Barbarei auch weiterhin in der Menschheit umgehen. De Silva kommt zu dem beunruhigenden Schluß, daß Barbarei in ein oder zwei mächtigen Ländern die ganze übrige Menschheit in ihren Bann schlagen kann.²⁶

Das Imperium der Barbarei

Heute sieht sich die Welt mit einem Zustand konfrontiert, wie ihn de Silva befürchtet hat: mit einer Barbarei, die von einem einzigen mächtigen Land ausgeht: den USA, die eine Strategie des Präventivkrieges vertreten und damit die ganze Welt zu destabilisieren drohen.

Es ist, wie Paul Baran und Paul Sweezy in ihrem Buch *Monopoly Capital* und Harry Magdoff in seinem *Age of Imperialism* so überzeugend dargestellt haben: daß das Wachstum des Monopolkapitals im späten 20. Jahrhundert – und zwar insbesondere in den Vereinigten Staaten – zu einer heftigen Abhängigkeit von militärischen Ausgaben und imperialistischer Intervention geführt hat.²⁷ Mit dem Verschwinden des Kalten Krieges hat sich diese Abhängigkeit der imperialistischen Großmacht von barbarischsten Methoden der Interessendurchsetzung und Systemkontrolle noch immer weiter verstärkt. Der anhaltende Hegemonieverlust der USA-Wirtschaft und die gleichzeitig sich vertiefende allgemeine ökonomische Stagnation im Kapitalismus haben eine Situation hervorgebracht, in der sich die USA immer mehr außerwirtschaftlichen Methoden zuwenden, um ihre Position aufrechtzuerhalten. Sie haben ihre riesige Kriegsmaschinerie in Gang gesetzt, um dem Hegemonieverlust in der Weltwirtschaft zu begegnen. Der »globale Krieg gegen den Terror« ist ein Zeichen dieser letzten tödlichen Phase des USA-Imperialismus, die 1991 mit dem Golfkrieg begann – eines Krieges, der durch den Zusammenbruch des Sowjetblocks und die Herausbildung der USA als einziger Supermacht der Welt möglich geworden war.

Nach dem Terroranschlag am 11. September 2001 konnte das Imperium sich selbst als im Krieg gegen die Barbarei und in der Verteidigung der Zivilisation befindlich erklären. »Die Barbaren haben bereits ans Tor geklopft«, meint Niall Ferguson, Professor für Geschichte an der Stern School of Business der New York University und einer der Hauptbefürworter des USA- und britischen Imperia-

26 G. V. S. de Silva: The Alternatives: Socialism or Barbarism, Dehiwela (Sri Lanka) 1988.

27 Paul A. Baran, Paul M. Sweezy: *Monopoly Capital: An Essay on the American Economic and Social Order*, Monthly Review Press, New York 1966; Harry Magdoff: *The Age of Imperialism: The Economics of U.S. Foreign Policy*, Monthly Review Press, New York 1969.

lismus. Doch die Barbaren von heute, sagt er, seien islamische Fundamentalisten, und der liberale Imperialismus sei eine Möglichkeit, die Welt gegen diesen islamischen Terrorismus zu impfen. Das Klopfen am Tor stelle – so Ferguson weiter – zwar für die von den USA dominierte Weltordnung eine wirkliche Gefahr dar, aber diese externen Gruppen von Terroristen werden das amerikanische Imperium dennoch nicht direkt stürzen. Die Hauptbedrohung der Position der USA in der Weltwirtschaft komme vielmehr von innen. Die Gefahr habe ihre Wurzeln in der Unwilligkeit der USA, ihre Position an der Spitze des globalen Imperiums mit aller Konsequenz einzufordern.

Ferguson, der der Meinung ist, daß das alte britische Imperium wiederbelebt werden sollte – wenn auch in einer dem 21. Jahrhundert entsprechender Form –, vertritt in seinem jüngsten Buch *Colossus* wie schon in seinem früheren Werk *Empire* die Auffassung, daß die Welt ein Imperium brauche. Vielen Nationen ginge es besser, meint er, wenn sie von den USA beherrscht würden. Die USA seien, sagt er, ein »Waffen- und Butter-Imperium, eines, das nicht nur die eiserne Hand repräsentiert, sondern auch die Weiterverbreitung der Prinzipien des liberalen Imperiums und der liberalen Freizügigkeit, womit es für die Ausprägung einer demokratischeren und reicheren Weltordnung steht. Es ist kein Zufall, daß Ferguson, einer der einflußreichsten Historiker des Establishments, sich ausdrücklich für eine Wiederbelebung der Idee der alten »Bürde des weißen Mannes« einsetzt (die dann durch eine neue Ideologie des »funktionellen« Imperiums ersetzt werden kann), mit der einst einer der barbarischsten Kriege des modernen Imperialismus schönfärberisch gerechtfertigt worden ist – der amerikanisch-philippinische Krieg vom Anfang des 20. Jahrhunderts, in dem Rudyard Kipling mit seinem Gedicht »The White Man's Burden« die USA angefeuert hatte.²⁸

Fergusons »Waffen- und Butter-Imperium« ist jetzt zu einem ganz klaren Ziel der USA-Außenpolitik geworden. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion übernahmen – wie István Mészáros in seinem Werk *Socialism or Barbarism* richtig feststellt – die USA »die Rolle des Staates im kapitalistischen System an sich« und »brachten – mit welchen Methoden auch immer – alle konkurrierenden Mächte unter ihre Kontrolle.²⁹ Mit ihrer immensen Macht und ihrer Bereitschaft zur Gewaltanwendung führen die USA die Welt jetzt in die von Mészáros so bezeichnete »potentiell tödlichste Phase des Imperialismus«. In ihrem Bestreben, eine Revolution zu verhindern (oder irgendeinen Ausweg für die Menschen der Peripherie), unternehmen die USA den Versuch, das einzige sichere Gesetz des Universums – den Wandel – außer Kraft zu setzen. Darum haben sie Diktatoren geschaffen, Terroristen unterstützt und die Welt mit gewalttätiger Zerstörung bedroht. Im Nahen Osten haben die USA einen regressiven und politisch fundamentalistischen Islam herangezogen (der ihnen nützlich war im von der CIA geleiteten Krieg gegen die Sowjets in Afghanistan und bei der Ausschließung aller progressiven Entwicklungspfade für den Nahen Osten), der nun eine Kehrtwende vollzieht und, weil er in die Hand beißt, die ihn gefüttert – eben die der USA und ihrer Verbündeten –, als »neue Barbarei« gebrandmarkt wird.

28 Vgl. Niall Ferguson: *Empire*, Basic Books, New York 2004, S. 369-370; *Colossus*, Penguin, New York, London et al. 2004, S. 48-52, 267, 301-302.

29 István Mészáros: *Socialism or Barbarism*, Monthly Review, New York 2001, p. 29.

Die Tore zur Hölle stehen offen

Vor zwei Jahren prophezeite Amr Moussa, Generalsekretär der Arabischen Liga und ehemaliger Außenminister Ägyptens, daß die Tore zur Hölle geöffnet werden würden, wenn die USA in den Irak eindringt. Im Herbst 2004 stellte er in Kairo fest, daß diese Tore jetzt offen stünden. Obwohl er vor zwei Jahren wegen dieser Aussage heftig beschimpft worden war, gab es laut *USA Today* vom 16. September 2004 »keinen Widerspruch«. Es ist klar, daß die USA-Invasion im Irak ein Blutbad angerichtet hat, das, wie man am Guerillakrieg als Reaktion der Iraker sehen kann, auch in Jahren noch nicht beendet sein wird. Die Situation der USA im Irak verschlechtert sich. Die Besatzer verlieren die Kontrolle über ganze Gegenden des Landes. Im Oktober 2004 gab es zum ersten Mal Bombenanschläge in der als Hochsicherheitsbereich ausgestalteten Grünen Zone Bagdads, der imperialistischen Kommandozentrale im Land. Mehr als drei Dutzend Städte im Irak gelten für die USA als »no go«-Zonen, weil sie von irakischen Widerstandskräften kontrolliert werden. Im September 2004 gab es mehr als 2300 Attacken von Widerstandskräften gegen die von den USA geführte Koalition und irakische Regierungseinrichtungen in allen Gegenden des Landes. »Die Attacken umfassen«, wie die *New York Times* am 29. September 2004 schrieb, »die ganze Skala der Möglichkeiten: Autobomben, Zeitbomben, raketengetriebene Bomben, Handgranaten, Handfeuerwaffen, Minenwerfer und Landminen.« Allein in Bagdad starteten irakische Widerstandskräfte zwischen April und Ende September 2004 mehr als 3000 Granatenattacken.

Laut einer von US-amerikanischen und britischen Gesundheitsexperten im Irak durchgeführten Studie, die in einer führenden Gesundheitszeitschrift veröffentlicht wurde, sind die Luftangriffe der USA und Großbritanniens auf die Zentren des irakischen Widerstands die Ursache dafür, daß die Mehrheit der bisher ungefähr 100 000 zivilen Opfer, die wiederum zumeist Frauen und Kinder waren, eines besonders gewaltsamen Todes gestorben sind (*Lancet online* vom 29. Oktober 2004). Indes: Trotz dieser beängstigenden Angriffe, die gegen Wohnhäuser, Krankenhäuser und Moscheen gerichtet waren und bei denen Unmengen von Blut vergossen und gewaltige Zerstörungen angerichtet wurden, scheint der irakische Widerstand nur an Stärke zu gewinnen.

Mittlerweile besteht in den herrschenden Kreisen der USA weitgehend Übereinstimmung darin, daß die Zahl der im Irak stationierten Truppen nicht ausreicht, um die Aufgabe, die Bevölkerung zu unterdrücken, erfüllen zu können. Die Iraker schreiben sich nur zögerlich in die irakische Armee und Polizei ein, und die Eingeschriebenen desertieren in Scharen. Aber ohne innere Machtstrukturen, die nach ihrer Pfeife tanzen, bleibt die Kraft der USA trotz modernster Militärausrüstung beschränkt. Die USA-Besatzung zu unterstützen, ist tödlich, wie sich an den mehr als 700 irakischen Polizeiangehörigen zeigt, die wegen eben dieser Unterstützung getötet worden sind. Um allem die Krone aufzusetzen, fügen die Rebellen den USA Wunden zu, die genau ins Herz zielen: Sie machen die Ölleitungen zu Zielen ihrer Attacken. Die Situation für die Okkupationstruppen ist schlecht, und »es läuft im Moment darauf hinaus, daß wir den Krieg verlieren«, wie Andrew Bacevich, ehemaliger Oberst und heute Professor für internationale Beziehungen an der *Boston University*, kürzlich feststellte. Bacevich fügte

dann noch hinzu, daß er nicht meine, daß der Krieg schon verloren *ist*, sondern daß »wir dabei sind, ihn zu verlieren« (*USA Today* vom 16. September 2004). Mit all dem ist freilich das Gespenst des Vietnamkrieges wieder auferstanden – dieses wohl unaustilgbare Symbol der Niederlage der USA in imperialistischen Kriegen.

Die Barbarei wurde schon immer mit Folter in Zusammenhang gebracht. Marx' Kommentare über die Tretmühle zielten auf die Rolle, die dieses Produktionsinstrument als Mittel der Folter der Arbeiter bei der Einführung bürgerlicher sozialer Verhältnisse spielte. In seinem Artikel »Über die Folterungen in Indien« untersuchte Marx die systematische Anwendung der Folter durch den britischen Kolonialismus und sah »in der grimmigen Erregung des Aufstandes und des Kampfes (der) aufständischen Hindus« die historische Vergeltung für die verbrecherischen Akte ihrer britischen Unterdrücker.³⁰

Die systematische Anwendung von Folter durch die USA in Abu Ghraib im Irak, in Afghanistan und in ihrem Stützpunkt in Guantanamo auf Kuba bringt jetzt weltweit einen noch größeren Haß auf den amerikanischen Imperialismus hervor. Auf den Philippinen bedienen sich die USA Anfang des 20. Jahrhunderts einer Foltertechnik, die sie »Wasserkur« nannten – eine Methode, bei der den Gefangenen Wasser durch die Kehle gepumpt wurde und man sie dann auf die Bäuche trat, bis sie alles gestanden und gewöhnlich kurz darauf starben. Die in jüngster Zeit bei einem hochrangigen Terrorverdächtigen vom USA-Geheimdienst angewandte infame Foltertechnik, die als »Wasserpension« bekannt ist, besteht darin, einen Mann zu fesseln und ihn gewaltsam unter Wasser zu pressen, so daß er glauben muß, er werde ertrinken (*New York Times*, 13. Mai 2004). Zum Standard gehört eine ganze Palette von langsameren und sehr effektiven Foltertechniken: Isolation, langzeitiger Schlafentzug, Entzug von Licht und Geräuschen, Kontakt mit extremer Kälte oder Wärme, Zwang zur Nacktheit, schwarze Kapuzen, Zwang zum Verharren in Streßpositionen, Bedrohung mit Wachhunden, 24-Stunden-Verhöre usw. Laut dem Abschlußbericht der unabhängigen Untersuchungskommission zur Behandlung von Gefangenen, der nach dem Leiter der Kommission, dem ehemaligen US-Verteidigungsminister James Schlesinger, auch als *Schlesinger-Report* bekannt geworden ist, haben die amerikanischen Vernehmungsbeamten mindestens fünf Gefangene zu Tode gefoltert, und es gibt 24 weitere verdächtige Todesfälle unter den Gefangenen, die noch untersucht werden. Vieles von alldem erhielt eine seltsame »Legalität« durch die Weigerung der USA-Regierung, den in Guantanamo oder anderswo gefangen gehaltenen Terrorverdächtigen den Status von Kriegsgefangenen zuzuerkennen – womit die Genfer Konvention außer Kraft und der Boden für die barbarische Behandlung der Gefangenen bereitet wurde.³¹

Und noch in einem anderen Zusammenhang stehen die Tore zur Hölle offen. Wir leben in einer materiellen Welt, in der Boden, Wasser und Luft das Leben unterstützen. Die Wirtschaft der Menschen und die natürlichen Prozesse sind untrennbar miteinander verbunden. Heute sind alle Ökosysteme der Erde in Gefahr. Besonders besorgniserregend ist die Klimaerwärmung, die die Erde in ein von uns selbst verursachtes regelrechtes Inferno schickt. Der wissenschaftliche Konsens über die Klimaerwärmung geht dahin, daß in den nächsten Dekaden eine

30 Karl Marx: Über die Folterungen in Indien, in: MEW, Bd. 12, a. a. O. 1961, S. 273.

31 Vgl. auch: Mark Tanner: Abu Ghraib, in: *New York Review of Books* v. 7. Oktober 2004, S. 44-50; Edward Greer: »We Don't Torture People in America«, in: *New Political Science*, vol. 26, no. 3 (September 2004), S. 371-387.

Verminderung des Ausstoßes an Treibhausgasen um 60 bis 80 Prozent gegenüber den Werten von 1990 erreicht werden muß, wenn den katastrophalen Umweltveränderungen (ein Ansteigen des Meeresspiegels, Verlust von Inseln und Küstenregionen, wachsende Trockenheit und Verwüstung, extreme Wetterereignisse, schnell fortschreitende Artenvernichtung, Ernteverluste usw.) Einhalt geboten werden soll. Die USA haben aber ihre Kohlendioxidemissionen seit 1990 dauerhaft gesteigert. Sie liegen in der Summe der Emissionen weit an der Weltspitze – mit einem Pro-Kopf-Ausstoß, der fünfmal höher ist als der Weltdurchschnitt –, und sie machen – ohne Rücksicht auf die möglichen katastrophalen Folgen für andere (besonders tropische) Länder oder für künftige Generationen zu nehmen – keine Anstalten, diese Tendenz umzukehren. Der Krieg im Irak, bei dem es um die Kontrolle über das Öl als Weg zur Welteroberung geht, ist in sich selbst ein Zeichen dafür, daß die US sich weigern, einen Richtungswechsel vorzunehmen – trotz der Konsequenzen für den Planeten. Diese Philosophie des »Après moi le déluge!«, des »Nach mir die Sintflut«, die Marx einst angeprangert hat, ist die Quintessenz der Barbarei.³²

»Die Iraker werden es satt haben, getötet zu werden« (Rumsfeld)

Es ist – wie *Business Week* sagt – »ein neues Zeitalter der Barbarei über uns gekommen«. Es ist aber ein Fehler, diese Barbarei einfach oder hauptsächlich auf soziale Kräfte und Nationen der Peripherie zurückzuführen. Genau so, wie Marx das historische Herangehen an die Barbarei mit seiner Verurteilung der zeitgenössischen kolonialen Systeme in neue Bahnen gelenkt hat, müssen wir die Barbarei der Mächtigen und deren Schuld an der Schaffung dieses neuen Zeitalters namhaft machen. Verteidigungsminister Robert Rumsfeld, die Stimme der neuen Barbarei, stellte im Herbst 2004 fest, daß es »die Iraker irgendwann satt haben werden, getötet zu werden«.³³ Vermutlich bezog er sich dabei auf diejenigen Iraker, die durch Selbstmordanschläge getötet worden sind. Seine Aussage bleibt im Kontext der Invasion und der Okkupation des Irak durch die USA dennoch unmenschlich.

Es heißt, daß »der globale Krieg gegen den Terror« kein Ende haben werde, aber es muß wohl heißen, daß der globale Krieg des Terrors (Hervorhebung d. Ü.) kein Ende haben wird. Nur die Überwindung des Kapitalismus in Richtung Sozialismus wird die Möglichkeit eröffnen, dem gegenwärtigen Zustand der Barbarei zu entkommen – einem Zustand, in dem der Weg bereitet wird zu neuen weltweiten Vernichtungen und dem ökologischen Zusammenbruch. Am Schluß seines Buches *Whose Millenium?* (Wem gehört das Jahrtausend?) schreibt Daniel Singer, daß der Sozialismus gewiß eine historische *Möglichkeit* sein könnte oder vielleicht sogar *notwendig* wäre, um die Übel des Kapitalismus zu beseitigen – aber daß dies noch lange nicht bedeuten müsse, daß er *unbedingt* stattfinden werde.³⁴ Wir sollten diese Warnung ernst nehmen. Die Wahl, vor der wir stehen und die wir schließlich durch unsere Kämpfe endgültig treffen werden, ist, ob die Zukunft der Menschheit im Sozialismus liegen wird – oder in den Trümmern der imperialistischen Barbarei.

32 »Après moi le déluge!
»Nach mir die Sintflut!« ist der Wahrluf jedes Kapitalisten und jeder Kapitalisten-nation. Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.« Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, a. a. O., S. 285.

33 USA Today, September 16, 2004.

34 Daniel Singer, *Whose Millennium? Theirs or Ours?* Monthly Review Press, New York 1999.

KATJA KIPPING

Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen

»Sag mir, wofür du stehst ...«. Warum sich für die PDS die Debatte um ein garantiertes Grundeinkommen lohnt

Offensichtlich wird eine kleine oppositionelle Partei, wie dies die PDS auf der Bundesebene ist, mit nur wenigen Positionen, wahrscheinlich nicht mehr als drei, wahrgenommen. Diese Punkte sollten zum einen als Alleinstellungsmerkmale dienen, mit denen die Partei von außen identifiziert wird. Zum anderen braucht die PDS inhaltliche Kernziele, um ihre Identität zu verstärken. Die Partei braucht sogenannte Essentials, die die Kraft haben, die Anhängerschaft zu begeistern.

Wenn man nur drei Punkte besetzen kann, um mit ihnen von und in der Öffentlichkeit erkannt zu werden, kommt es darauf an, daß jeder dieser Punkte ein wirkungsvoller, ein starker ist. Welche Punkte dies sein könnten, ob z. B. die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen einer dieser Kernpunkte für die PDS werden kann, darüber sollte eine umfassende Debatte innerhalb der PDS in Gang kommen. Erst im Ergebnis eines echten Diskussionsprozesses entscheidet sich, ob das garantierte Grundeinkommen ein solches Identität stiftendes Essential werden kann.

Was bewirkt das garantierte Grundeinkommen?

Ein garantiertes Grundeinkommen sollte jedem in der BRD lebenden Menschen qua Existenz zustehen. Im Klartext heißt das: Jede und jeder bekommt monatlich eine feste Summe überwiesen; die Verwaltung könnte den Finanzämtern obliegen. Bezüglich der Höhe haben verschiedene politische Lager unterschiedliche Vorschläge unterbreitet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Sozialhilfeinitiativen¹ spricht sich für 800 Euro plus Wohngeld aus. Die Junge Union fordert eine Grundrente von 800 Euro. Innerhalb der PDS wurden Summen von 750 bis 1 000 Euro ins Gespräch gebracht. Auf jeden Fall müßte das Grundeinkommen die Armutsschwelle von fünfzig Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der abhängig Beschäftigten überschreiten. Gegenwärtig entspräche dies ca. 750 Euro.

Die Einführung eines garantierten Grundeinkommens sollte mit einer Arbeitszeitverkürzung sowie einem gesetzlich garantierten Mindestlohn verbunden werden. Die Einführung könnte zunächst schrittweise, auf besondere Lebenslagen bezogen, erfolgen, wobei der Anfang mit einer Grundrente oder auch mit einer Kindergrundversicherung gemacht werden könnte.

Katja Kipping – Jg. 1978, studiert Slawistik, Amerikanistik und Rechtswissenschaft an der TU Dresden; seit 1999 Mitglied im Sächsischen Landtag (Sprecherin für Verkehrspolitik) und Mitglied im Fraktionsvorstand der Landtagsfraktion; Stellvertretende Vorsitzende der PDS.

¹ Diese Bundesarbeitsgemeinschaft ist ein seit 1991 bestehender bundesweiter Zusammenschluß von in Initiativen engagierten Menschen, die selbst z. T. auf Sozialhilfe angewiesen waren und sich nicht nur als Einzelschicksal begreifen, sondern gemeinsam mit anderen Betroffenen das Problem als ein gesellschaftliches Problem in Angriff nehmen wollen.

Das garantierte Grundeinkommen bietet wesentliche Vorteile. Alle Bürger wären frei von existenzieller Not, das Modell ist transparent und funktioniert unbürokratisch, die Erniedrigung, um Unterstützung bitten zu müssen, entfällt, die Arbeitsbedingungen werden sich verbessern. Das Grundeinkommen verwirklicht das Recht auf eine selbstbestimmte Tätigkeit,² denn die Sicherheit eines in jeder Lebenssituation garantierten Einkommens erleichtert Existenzgründungen ebenso wie die Herausbildung von Kommunen. Arbeitnehmer könnten ohne Probleme eine Auszeit nehmen, auch mit 50 Jahren ein Studium beginnen oder ein Sabbatjahr einlegen. Frauen, die in der heutigen Gesellschaft besonders vom Partnereinkommen abhängig sind, würde eine selbstbestimmte Entwicklung erleichtert. Wenn finanzschwache Haushalte mehr Geld erhalten, werden sie es vorrangig konsumtiv investieren, anstatt zu sparen. Das wiederum hilft dem Mittelstand, der vor allem auf die Binnennachfrage angewiesen ist. Die garantierte materielle Sicherheit ermöglicht Freiheit von Angst – eine wichtige Voraussetzung für demokratisches Verhalten. Wer frei von Existenzängsten ist, bringt sich eher in den demokratischen Prozeß ein.

2 Vgl. Peter Grottian, Wolf Dieter Narr, Roland Roth: *Sich selbst eine Arbeit geben. Alternativen zur »Repressanda 2010«: Umverteilung und Aufwertung der Kommunen*, in: www.berliner-arbeitslosenzentrum.de.

Der gesellschaftliche Kontext für diesen Vorstoß

Erstens: Wandel der Arbeitswelt. Die zunehmende Produktivität – seit 1960 ist sie um das Dreifache gestiegen – verändert die Arbeitswelt. Immer weniger Menschen produzieren immer mehr. Diese Entwicklung läßt in Verbindung mit Profitstreben den Bedarf an Arbeitskräften im produzierenden wie auch im klassischen Dienstleistungssektor sinken. Die besonders für Männer üblichen Erwerbsbiographien (Schulabschluß – Berufsausbildung – Berufseinstieg – Karriere im erlernten Beruf – Rente) werden immer seltener und Brüche in den Erwerbsbiographien immer häufiger. Hinzu tritt die »doppelte Krise der Lohnarbeit«.³ Damit ist das zunehmende Bedürfnis nach sinnstiftender Arbeit gemeint, da das bisherige moralische Postulat, Arbeit an sich sei ein Wert, zunehmend hinterfragt wird. Zweiter Bestandteil dieser Krise ist die zunehmende Massenarbeitslosigkeit, die den Sicherungssystemen in ihrer bestehenden Form ihre Finanzbasis entzieht.

3 Vgl. Georg Vobruba: *Alternativen zur Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen*, Frankfurt/Main 2000.

Zweitens: Zustand der sozialen Sicherungssysteme. Die gegenwärtige Verfaßtheit unseres Sozialsystems ist unmittelbar an Erwerbsarbeit gekoppelt. Dies begründet seine Krisenanfälligkeit in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit.⁴ Die existierenden Sicherungssysteme fangen zwar Menschen in Not auf, jedoch ermöglicht das Arbeitslosengeld II kein Leben jenseits der Armut. Leistungsempfängerinnen und -empfänger müssen sich zudem einer erniedrigenden Bedarfsprüfung unterziehen. Die Anrechnung von Partnereinkommen schafft zusätzliche Abhängigkeitsverhältnisse. Die bisherige Bedarfsprüfung bevorteilt Menschen, die auf Grund ihres Bildungsstandes und ihrer kommunikativen Kompetenz problemlos die bürokratische Prozedur handhaben können. Die wirklichen sozialen Härtefälle hingegen sind benachteiligt. Immer noch werden Menschen obdachlos, weil sie der bürokratischen Prozedur nicht gewachsen sind. Hinzu kommt, daß die Auszahlung zunehmend an den Zwang, jedes Jobangebot zu jedem Preis anzunehmen, gekoppelt wird. Im Sinne ei-

4 Vgl. Ralf Ptak: *Zur Entwicklung des deutschen Sozialstaates*, in: *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie*, Berlin 1998.

nes selbstbestimmten Lebens und einer Arbeitswelt, in welcher der einzelne vor dem »Terror der Ökonomie« geschützt wird, gehören Bedarfsprüfung und Arbeitszwang abgeschafft.

Drittens: Zunehmende Spaltung und Verarmung. Immer mehr Menschen erwerben immer geringere Ansprüche an das soziale Sicherungssystem und müssen deshalb unterhalb der Armutsschwelle leben. Ein Drittel bis ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist zumindest kurzzeitig von Armut betroffen. Besonders dramatisch gestaltet sich die zunehmende Kinderarmut, von der mittlerweile jedes siebte Kind betroffen ist, weil sie soziale Ausgrenzung vererbt und somit eine dauerhafte Armutsbevölkerung etabliert. Die Lohnzentriertheit zementiert die bestehenden sozialen Unterschiede.⁵ So kann zum Beispiel eine allein erziehende Mutter mit einer klassischen Arbeiterkarriere weder für die Rente noch für die Arbeitslosigkeit hohe Ansprüche erwerben – im Gegensatz zu einem Beamten.

5 Vgl. Michael Opielka: Solidarität zwischen den Generationen – Zwischen Verzichtsverzicht und neuen Vorbildern, in: Universitas 11/2003.

Die häufigsten Einwände gegen das garantierte Grundeinkommen
Erstens: Dann liegen doch alle nur noch in der Hängematte! Der Drang, sich selbst zu verwirklichen, ist eine menschliche Grundeigenschaft. Der unbezahlte Einsatz vieler während der Flut im Jahre 2002 bewies: Es gibt bei vielen die Bereitschaft, Tätigkeiten, von deren Notwendigkeit sie überzeugt sind, zu erledigen. Auch die Tatsache, daß 34 Prozent der Bevölkerung der BRD (immerhin 22 Millionen Menschen) sich regelmäßig mehr als 15 Wochenstunden ehrenamtlich engagieren, belegt diese Annahme. Daneben besteht auch weiterhin ein materieller Anreiz zur Erwerbsarbeit. 750 bis 1 000 Euro im Monat sind schließlich kein Reichtum. Ein Nebeneffekt des Grundeinkommens bestünde gerade darin, daß unzureichend bezahlte Berufe, zum Beispiel im Pflegebereich, besser vergütet würden. Denn der Druck, Arbeit zu jedem Preis annehmen zu müssen, würde wesentlich reduziert. Die Beschäftigten wären demnach in einer besseren Verhandlungsposition. Im Bereich unangenehmer Arbeiten, wie dem Müllsortieren, führte dies zu einem zunehmenden Druck auf die Betriebe und Arbeitgeber, schlechte Arbeit zu automatisieren. Wer einmal eine manuelle Abfallsortierungshalle von innen erlebt hat, wird begrüßen, wenn diese Arbeit in Zukunft automatisch erledigt wird.

Gegnerinnen und Gegner des Grundeinkommens unterstellen gern, es ginge dabei um bezahlte Faulenzen. Dies trifft nicht zu. Im Gegenteil, erst das garantierte Grundeinkommen ermöglicht es, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Erwerbslose aufzuheben. Nur eine konsequente Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Steigerung der Massenkaukraft könnte nachhaltig Arbeitslosigkeit abbauen. Daß mit einem Grundeinkommen die Massenkaukraft gestärkt wird, ist unbestritten. Ob die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich einhergeht, ist eine der zu beantwortenden Fragen. So manch großes Unternehmen mag in der Lage sein, diese richtige politische Forderung zu finanzieren. Aber die meisten Kommunen und kleinen Betriebe sind dazu nicht fähig. An dieser Stelle könnte das Grundeinkommen als eine Art Lohnausgleich fungieren.

Sicherlich: Es wird auch faule Bezieherinnen und Bezieher eines Grundeinkommens geben. So wie es eben auch faule Millionäre und faule Kinder reicher Eltern gibt. Doch ob faul oder nicht, als humanistisch eingestellter Mensch sollte man es in dieser Frage mit Erich Fromm halten: »Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft von Nutzen ist.«

Das ist doch unbezahlbar! Für ein Grundeinkommen von 1 000 Euro pro Monat und Kopf bedürfte es jährlich rund einer Billion Euro. Selbstverständlich stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit. Dazu wurden verschiedene Vorschläge erarbeitet, die noch weiter untersucht und vertieft werden müssen. Erstens ersetzt das garantierte Grundeinkommen bestehende Sozialleistungen. Allein im Jahr 2000 wurden in der BRD 680 Milliarden Euro Transferleistungen ausbezahlt. Schon durch den Abbau der dafür erforderlichen Bürokratie würden Mittel eingespart. Außerdem rechnet man damit, daß 30 Prozent des Geldes, das an Finanzschwächere geht, über den Umweg von mehr Konsum, Umsatzankurbelung, Mehrwert- sowie Umsatzsteuer wieder im Staatshaushalt landet.

Die BAG Sozialhilfeinitiativen hat eine 50-prozentige Abgabe auf alle Nettoeinkommen vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist nicht unumstritten, da er de facto einer Steuererhöhung gleichkäme. Bei einem Grundeinkommen in Höhe von 1 000 Euro wird die *take-half*-Abgabe aber erst ab einem Nettoeinkommen von mehr als 2 000 Euro zu einem Minusgeschäft für den einzelnen. Dafür hat er die Sicherheit, daß er und alle Familienmitglieder in jeder persönlichen Krisenzeit garantiert finanziell mit einem Grundeinkommen abgesichert sind.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß es sich hierbei eigentlich nicht um eine Frage der Finanzierung im betriebswirtschaftlichen Sinne handelt. Vielmehr geht es um makroökonomische Verteilungsprozesse. Es geht um eine »Sozialisierung der Investitionen«⁶ bzw. um einen Umverteilungsprozeß innerhalb unseres heutigen Bruttosozialproduktes. Dieses betrug im Jahr 2002 rund 2,1 Billionen Euro.

So leer die öffentlichen Kassen auch sein mögen, so ist doch auf der anderen Seite viel Reichtum vorhanden. Von 1994 bis 2001 erhöhten sich die Gewinne der Großunternehmen um 64 Prozent. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der deutschen Euro-Millionäre um 25 000. Während die Arbeitseinkommen seit Jahren stagnieren und sinken, haben die Einkommen aus Vermögensbesitz seit 1990 um über 60 Prozent zugelegt. Ein neuer Verteilungskompromiß erfordert eine grundlegende Reform des Steuersystems im Sinne der sozialen Gerechtigkeit. Denn das bestehende Steuersystem entlastet zunehmend große Unternehmen sowie Besserverdienende, wobei deren Entlastung auf Kosten des »kleinen Mannes« geht.⁷

Drittens: Das ist doch ungerecht! In ihrem Programm hat sich die PDS für Gerechtigkeit im Sinne von Teilhabegerechtigkeit ausgesprochen. Allen soll ein selbstbestimmtes Leben jenseits der Armut möglich sein. »Aber dies muß man sich erst einmal durch Leistung

6 Vgl. Christoph Deutschmann: Die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus. Nicht in hohen Sozialleistungen, sondern in den unrealistischen Renditeansprüchen der Finanzinvestoren liegt die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Krise, in: Frankfurter Rundschau vom 2. Dezember 2003.

7 So werden durch die geplante Senkung der Einkommenssteuer vor allem diejenigen entlastet, deren Einkommen 500 000 Euro und mehr beträgt.

verdienen!«, werden jetzt die Gralshüter der Leistungsgerechtigkeit rufen. Doch wer entscheidet, welche Leistung der Gesellschaft nützt? Wer Geld durch Abholzen des Regenwaldes verdient, gilt heute als erfolgreicher Geschäftsmann, obwohl er großen Schaden an unser aller Lebensgrundlage anrichtet. Vincent van Gogh, der selbst nur ein einziges Bild verkaufen konnte, wurde zu Lebzeiten von vielen als Nichtsnutz angesehen, der nur auf Kosten seines Bruders lebte. Heute gelten seine Werke als wichtiges Kulturgut. Soziale Gerechtigkeit im Sinne der Teilhabegerechtigkeit hält es deswegen mit der Liedzeile »Und weil der Mensch ein Mensch ist«. Eine mögliche Schlußfolgerung aus dieser Herangehensweise könnte die Befürwortung des garantierten Grundeinkommens sein.

SASCHA LIEBERMANN

Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise

Die gegenwärtige Krise

Alle europäischen Nationalstaaten ringen seit Jahren mit demselben Problem, das nach einer Lösung verlangt: der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Debatten in den einzelnen Ländern sind – bei allen Unterschieden, die sich aus ihrer Geschichte und Kultur ergeben – so ähnlich wie die Lösungskonzepte, die gepriesen werden. Mit gutem Recht kann deshalb von einer europäischen Krise gesprochen werden, denn die schwierige Lage ist nicht das Ergebnis einer bestimmten Landespolitik. Vor allem, und das muß hier hervorgehoben werden, ist diese Krise im Kern nicht arbeitsmarktpolitisch, sondern legitimatorischer Natur. Sie trifft die Staaten in ihrem Selbstverständnis als Gemeinwesen, denn in allen gilt gleichermaßen: Ein erwünschtes Einkommen erzielt nur, wer einer Erwerbsarbeit nachgeht. Wer daran scheitert, ganz gleich, ob selbstverschuldet oder nicht, versagt darin, eine normative Erwartung seiner Gemeinschaft zu erfüllen. Er versagt darin – und dies ist der Kern der Krise –, seine Verpflichtungen als Bürger zu erfüllen, denn Erwerbsarbeit ist die einzige Einkommensquelle, die als solche von den politischen Gemeinschaften anerkannt wird. Auf dieses »Versagen« gründen sich alle Maßnahmen, die einen höheren Druck auf Leistungsempfänger vorsehen, so die »Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« in Deutschland, kurz: Hartz-Gesetze.

Als Reaktion sind vielerlei Konzepte erdacht worden. Aus Bürgern wurden »Kunden« der Arbeitsagenturen, die Bürger dadurch zu Konsumenten degradiert. Eine Perfidie, denn: Wer arbeitslos ist, kann nicht wählen, ob er die Leistungen der Bundesagenturen in Anspruch nimmt: Er benötigt ein Einkommen. Diese Krise der Autonomie des Bürgers ist eine der Integrität, die daher rührt, die normative Erwartung der Gemeinschaft nicht mehr zu erfüllen und auf ein Ersatz Einkommen angewiesen zu sein. Eine objektive Stigmatisierung lastet auf dem einzelnen, von der er sich nicht freimachen kann, es sei denn, er nimmt zu dieser Lage eine zynische Haltung ein. Zynismus ist insofern eine Reaktion desjenigen auf die stigmatisierende Wirkung der Sozialleistungen, der der Erwartung der Gemeinschaft nicht nachkommt – ganz gleich, ob selbstverschuldet oder nicht. Die »Hartz-Gesetze« sind also von einem Geist getragen, der die Bürger genau dort verleugnet, wo sie das Fundament des Gemeinwesens sind: als Volkssouverän.

An die Seite solcher politischer Entscheidungen ist ein Geist des Kalküls, ein Drängen nach Berechenbarkeit getreten. Alternativen

Sascha Liebermann – Jg. 1967; Dr. phil. (Soziologie), wiss. Assistent an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund; Mitbegründer der Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung« (www.FreiheitStattVollbeschaeftigung.de); S. Liebermann@FreiheitStattVollbeschaeftigung.de). Publikationen: mit Andreas Franzmann und Jörg Tykwer (Hrsg.): Die Macht des Geistes, Frankfurt a. M., Humanities Online 2001; mit Roland Becker, Andreas Franzmann und Axel Jansen (Hrsg.): Eigeninteresse und Gemeinwohlbindung, Konstanz, UVK 2001; Die Krise der Arbeitsgesellschaft im Bewußtsein deutscher Unternehmensführer, Frankfurt a. M., Humanities Online 2002.

»Sozial ist, was Arbeit schafft« (CDU/CSU).
 »Arbeit soll das Land regieren« (PDS). »Brüder, durch Sonne zur Arbeit« (Bündnis 90/Die Grünen).
 »Arbeit muss sich wieder lohnen« (FDP). »Arbeitsplätze sind für uns die schönsten Plätze in Deutschland« (SPD).

zur gegenwärtigen Lage werden nicht gestalterisch erdacht, indem wir die Frage beantworten: Was wollen wir? Wie soll die Zukunft unseres Gemeinwesens aussehen? Statt dessen beherrschen diejenige politische Debatte, die uns Bürger nur als Rechengrößen betrachten. Expertenhaft wird auf Alternativvorschläge herabgeblickt und ihnen attestiert, die Krise der Arbeitsgesellschaft werde doch in den kommenden Jahrzehnten wieder verschwinden. Sind erst einmal die Zeiten geburtenstarker Jahrgänge überwunden, so die Behauptung, werde sich die Lage am Arbeitsmarkt entspannen. Was aber würde eine solche Entwicklung angesichts der allgemeinen Arbeitsverpflichtung denn verändern? Gar nichts, außer: den Umfang der Arbeitslosigkeit. Freiheit, und zwar politische Freiheit der Bürger, ist kein Rechenmodell. Für einen Fortschritt, also die Erweiterung politischer Freiheit, bedarf es einer Entkopplung von Arbeit und Einkommen, und dies geht nur mit einem radikalen Schritt.

Auch in anderen Bereichen dominiert dieser Geist. Eine symbolische Abschaffung der politischen Gemeinschaften hat schon vor geraumer Zeit eingesetzt. Als gebräuchlich kann die Redeweise gelten, Staaten stehen im Wettbewerb untereinander, sie konkurrieren um Unternehmen, um Arbeitnehmer, um Studenten. Politische Gemeinschaften werden zu Standorten umgewertet – und dies sogar von denjenigen, die sie repräsentieren: den Politikern. Politische Gemeinschaften mit ihrer jeweils eigenen Geschichte bestehen aber um ihrer selbst willen und nicht als Schauplätze eines wirtschaftlichen Wettbewerbs. Sie sind Ort der Selbsthaftigkeit und der Beheimatung, an der eine Praxis, ein handelndes Subjekt, seine Entscheidungen ausrichtet. Gemeinschaften existieren um ihrer selbst willen, Standorte hingegen können geschlossen, Unternehmen stillgelegt, Arbeitskräfte entlassen werden. Eine politische Gemeinschaft folgt einer anderen Zwecksetzung: Sie bildet den Grund und das Fundament jeglichen Wirtschaftens. Diese grundlegende Einsicht ist heute zumindest in der öffentlichen Debatte von der Vorstellung verdrängt worden, daß sich die Nationalstaaten nach dem Markt zu richten haben. Aber was ist der Markt? Er existiert nicht ohne das Wollen einer politischen Gemeinschaft. Kein Markt ohne eine Solidargemeinschaft, aus der er hervorgeht. Er ist ein Resultat dieser Entscheidungen.

Nicht nur haben die Verfechter eines solchen Primats des Marktes für seine Popularität gesorgt – seine Kritiker haben zu dessen Fortbestehen beigetragen. Wo die Verfechter des Marktprimats angegriffen und als Apologeten des Kapitalismus, als Verfechter der Eigenverantwortung entlarvt werden, erleidet jedes Bemühen zur Stärkung der Bürger dasselbe Schicksal: Es wird sogleich als neoliberal denunziert. Daran erweist sich nur, daß weder die Verfechter des Marktprimats noch seine Kritiker über ein Verständnis des Politischen verfügen, in dessen Zentrum der Bürger steht – beide sind damit Symptom, nicht Lösung der Krise.

Für beide, Marktverfechter und Kapitalismuskritiker, steht also die Legitimität von Herrschaft durch den Volkssouverän, die Gemeinschaft der Bürger, unter Ideologieverdacht. Doch wer sonst, wenn nicht wir Bürger, trägt das Gemeinwesen? Wir müssen es aber auch wollen – und dessen scheinen wir uns manches Mal nicht so sicher zu sein.

»Noch grundsätzlicher gedacht, hat die Wirtschaft zwei Aufgaben. Die eine (...) ist es, die Menschen mit konsumfähigen Dienstleistungen und Gütern zu versorgen (...). Die andere, die gesamtwirtschaftliche Aufgabe ist, die Menschen mit Einkommen zu versorgen« (Götz Werner, Gründer der DM-Drogeriemärkte, Interview in *BRANDEINS* 3/2005).

Unsere politische Gemeinschaft gründet sich auf die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir Bürger sind das Fundament dieser Gemeinschaft, wir sind der Volkssouverän. Unsere Abgeordneten, die in den Parlamenten und Regierungen unserer Demokratie Entscheidungspositionen bekleiden, erhalten von uns den Auftrag, Entscheidungen so zu treffen, daß sie unsere Gemeinschaft stärken und daß sie langfristig ihr Fortbestehen sichern. Wir delegieren diese Verantwortung nur, wir geben sie nicht ab. Jedes Volk hat die Politiker, die es verdient, sagt man – und das gilt auch für uns, denn wir haben sie gewählt, aus der Mitte unserer Gemeinschaft sind sie hervorgegangen, aber deshalb sind sie uns auch rechen-schaftspflichtig. Werden sie den Anforderungen und zu lösenden Aufgaben nicht gerecht, müssen wir sie abwählen oder aber ihnen auf anderem Wege mitteilen, daß sie nicht in unserem Sinne entscheiden. Dafür gibt es viele Wege und Orte. Deren wichtigster ist die politische Öffentlichkeit.

Wie aber sieht es dort aus? Die Intellektuellen, deren Aufgabe es ist, den politischen Streit in die Öffentlichkeit zu tragen, ihn anzufachen und Lösungsvorschläge darzulegen – von ihnen hört man nicht allzuviel. Statt radikale Kritik zu üben und Alternativen zu entwerfen, dienen sie sich der Politik als Berater an. Allenfalls wird abstrakt Kritik geübt an Gegnern, die gleich als übermächtig beschworen werden, wie der sogenannte Neoliberalismus. Gegenentwürfe, die die politische Gemeinschaft stärken, werden nur zaghaft vorge-tragen. Zur Entfaltung dieser Vorschläge bedarf es der öffentlichen Debatte, um sie muß gestritten werden. Doch statt dafür radikal ein-zutreten, verstehen sich auch einige Kritiker als bessere Berater, at-testieren verächtlich den Politikern Unfähigkeit und stehen natürlich immer auf der richtigen Seite.

Wir – die Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung« – streiten für eine grundsätzliche Alternative zu gegenwärtigen Reformvorschlägen. Die Resonanz auf unseren Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger hat verdeutlicht, daß die Zeit für eine solche Debatte reif ist. Wenn die Parteien sich mit einer solchen Alternative noch nicht beschäftigen, liegt es auch an ihrer mangelnden Präsenz in der öffentlichen Auseinandersetzung. Dies zu ändern, dafür streiten wir.

Die jüngsten Äußerungen seitens der Bundesregierung angesichts der Demonstrationen gegen die Hartz-Gesetze oder gar das Beklagen einer allgemeinen Mißbrauchsmentalität der Bürger sind symptomatisch. Eigentlich sollten unsere Politiker für unbequeme Ent-scheidungen die Bürger zu gewinnen suchen, statt dessen werden diese ob ihres Protestes gegen die Reformen kritisiert.

Sind die Proteste aber nicht ein Anzeichen dafür, daß die Reformen nicht als Lösung wahrgenommen werden und der verschärfte Arbeitszwang als Entwürdigung empfunden wird? Die Reformen weisen einen Weg, der kein Ausweg ist. Daher rührt das Mißtrauen in die Bereitschaft der Politiker, langfristige Lösungen zu suchen. Resignation und mancherorts ein zynisches Verhältnis zur Politik haben das Vertrauen in die politische Entscheidungsfindung untergraben.

Wo Politiker und Intellektuelle nicht mehr von Bürgern, sondern von »Menschen in unserem Land«, von der »Bevölkerung« oder gar

»Die Produktivitätsent-wicklung hat die Bedürfnis-entwicklung längst überholt, wir haben gesättigte Märkte, und wir brauchen immer weniger Menschen, um dieses Übermaß an Gütern zu produzieren. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem wir uns vom Zwang zur Arbeit befreien können« (Götz Werner, ebenda).

»Tatsächlich haben wir nur deshalb Arbeitslosigkeit, weil wir sagen: Wer nicht arbeitet, liegt dem anderen auf der Tasche. Hätten wir diese Vorstellung nicht, könnten wir sagen: Wir haben so und so viele Menschen und so und so viele Güter – und weil wir so und so viele Güter haben, können wir so und so viel Geld drucken und an die Menschen verteilen. Dann hat jeder sein Grund-einkommen« (Götz Werner, ebenda).

»Wir sollten unser Steuersystem so weiterentwickeln, dass nur noch der Konsum besteuert wird, nicht mehr der Beitrag. Wer viel konsumiert, zahlt viel Steuern, wer sparsam lebt, zahlt wenig Steuern. Denn er benutzt auch weniger die Straße, die Flugplätze, verbraucht weniger Energie, produziert weniger Müll – er fordert der Gemeinschaft weniger ab« (Götz Werner, ebenda).

von »Kunden« der »Agenturen für Arbeit« sprechen: Dort liegt unser Selbstverständnis von unserem Gemeinwesen im argen.

Worin besteht nun die Krise?

Arbeitskraft und Automatisierung

Seit ungefähr dreißig Jahren werden standardisierte und standardisierbare Arbeitsgänge zunehmend durch Automaten erledigt. Dies wird auch zukünftig der Fall sein. Je mehr wir es wünschen, desto mehr wird es geschehen.

Nicht nur hat diese Entwicklung sogenannte niedrigqualifizierte Tätigkeiten erreicht, auch hochqualifizierte sind davon seit einigen Jahren betroffen. Der Dienstleistungssektor ist davor genauso wenig sicher. Entscheidend ist: wo Arbeitsgänge standardisierbar sind, wo sie in Arbeitsschritte zerlegt werden können, dort konkurriert menschliche Arbeitskraft mit Automaten.

Diese Entwicklung könnte als Befreiung betrachtet werden, eine Befreiung von stupiden Arbeitsgängen. Sie ermöglicht es uns, Lebenszeit zurückzugewinnen, Lebenszeit, die für kreative Tätigkeiten oder für Engagement im Gemeinwesen genutzt werden könnte. Doch die öffentliche und politische Auseinandersetzung wird von einer ganz anderen Deutung beherrscht.

Sind die Automatisierungschancen, die wir heute haben, nicht Resultat erfolgreicher Forschung und unternehmerischer Innovation? Sind sie etwa nicht ein Erfolg kreativer menschlicher Arbeitskraft? Und sind sie damit nicht Erfolg einer Politik, die den Geist der Innovation befördert hat? In der Tat sind sie das, doch wir messen Arbeit nicht mehr daran, Problemlösungen zu erzeugen. Sie ist zum Zweck an sich geworden, als gebe es kein Leben ohne Erwerbsarbeit.

Wir stehen heute also vor dem Phänomen, daß immer weniger menschliche Arbeitskraft zur Erzeugung derselben Werte notwendig ist. Jede Politik, die nun die Auffassung vertritt, im Schaffen von Arbeitsplätzen bestehe eine, wenn nicht gar die einzige Lösung der gegenwärtigen Krise, befindet sich auf einem Irrweg. Sie deutet den Erfolg in ein Versagen um.

In Deutschland wird dieser Irrweg beschritten. Arbeit wird nicht mehr an Leistung gemessen, sie ist zum Wert und Zweck an sich geworden. Der Bürger könne, darin sind sich alle Parteien einig, ohne Arbeit nicht seinen Frieden finden. Offen wird vom Zwang gesprochen, der auf Transferleistungsempfänger ausgeübt werden müsse. Nicht beherrscht der Geist der Freiheit die politische Diskussion, der Freiheit der Bürger: sondern Arbeitszwang.

Soziale Sicherungssysteme

Die deutschen Sozialsysteme sind vor allem beitragsfinanziert, d. h., sie werden durch die Beiträge getragen, die vom Erwerbseinkommen zu ihrer Finanzierung entrichtet werden. Steigende Arbeitslosigkeit führt jedoch zu sinkenden Beiträgen in diese Systeme. Finanzierungsengpässe in den Sozialsystemen rühren also vor allem daher, daß sie beitragsfinanziert sind. Schon angesichts dieser Problemlage wäre die Umstellung auf ein anderes Finanzierungssystem geboten, wie z. B. die Steuerfinanzierung, die von manchen vorgeschlagen worden ist.

»Ein Modell wäre die Grundeinkommensversicherung«, eine Bürgerversicherung nicht (nur) gegen Krankheit, sondern für alle Einkommensrisiken. Wer arbeitslos und erwerbsbereit, wer krank, alt oder behindert ist oder wer kleine Kinder zu betreuen hat, hätte Anspruch auf ein Grundeinkommen« (Michael Opielka im Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung vom 1. Oktober 2004). Bleibt die Frage: Und die anderen?

Doch auch hier gehen die Reformen in eine andere Richtung: Um die Beitragsfinanzierung aufrecht zu erhalten, wird am alten System herumgebastelt. Arbeitsplätze sollen unbedingt geschaffen werden, denn nur dann sei eine Finanzierung der Sozialsysteme noch möglich.

Bevormundung statt Freiheit

Reformen, die schon durchgeführt worden sind und solche, die noch anstehen, zielen alle auf Freiheitsverlust durch Bevormundung. Den Bürgern wird mißtraut, ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten zu wollen. Eltern werden beäugt, ob sie ihrer Fürsorgepflicht genügend nachkommen. Jugendlichen wird nicht vertraut, sich an unsere Gemeinschaft binden zu wollen. Man unterstellt ihnen vielmehr, sie interessieren sich nicht für die Welt, in der wir leben.

Statt für gegenwärtige Probleme – und manche sind nur Ausdruck der Krise – langfristige Lösungen zu erdenken, werden politische Entscheidungen an Rechenmodellen gebildet. Grundsätzliche Überlegungen werden nicht mehr angestellt. Statt der Gestaltung in eine offene Zukunft, erste Aufgabe der Politik, treten Kalküle, die ängstlich auf ausgetretenen Pfaden wandern.

Entgegen dieser Entwicklung sehen wir eine Alternative, die auf Freiheit setzt.

Freiheit durch Verantwortung – Freiheit statt Bevormundung

Wie muß nun ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger gestaltet sein, in dem wir den weitreichendsten Vorschlag erkennen, damit die erwünschte Freiheit, die es bietet, auch entsteht?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde von der Wiege bis zur Bahre jedem Bürger ohne Bedürftigkeitsprüfung zu jeder Zeit gewährt, Erwachsenen wie Kindern gleichermaßen. Den Bürgern stärkte es den »Rücken«. Sie werden ermuntert, mutige Entscheidungen zu treffen. Finanzielle Ängste müßten sie nicht mehr haben.

Jeder Bürger erhielte dieses Grundeinkommen unabhängig davon, ob er darüber hinaus noch ein Erwerbseinkommen oder sonstige Einkommen z. B. aus Kapitalvermögen, Immobilienbesitz, Erbvermögen usw. bezöge.

Das bedingungslose Grundeinkommen wäre steuerfrei. Erst zusätzliche Einkommen würden besteuert und damit die Unterhaltung staatlicher Infrastrukturleistungen ermöglicht.

Das bedingungslose Grundeinkommen wäre in dieser Ausgestaltung kein Ersatz-Einkommen. Es träte an die Stelle aller bisherigen Transferleistungen und stünde auf einer anderen Legitimationsgrundlage: Es wäre ein Bürger-Einkommen. Es stärkte die Autonomie und Integrität der Bürger und damit des Gemeinwesens, denn jeder Bürger würde als Bürger anerkannt. Alle Stigmatisierungseffekte, die von bisherigen Sozialleistungen ausgehen, würden aufgehoben, denn ihre Gewährung folgt der Maxime: Nur wer arbeitet, leistet einen Beitrag zum Gemeinwohl.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen eröffnete die Option, statt einer Erwerbsarbeit einer Tätigkeit außerhalb des Erwerbsfeldes nachzugehen. Ein permanentes Bemühen um die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit wäre auf dieser Basis weder finanziell notwendig, noch normativ geboten.

»Würde man nun das Grundeinkommen, das gewiss nicht üppig ausfallen dürfte, mit einem Honorar für Wahlbeteiligung verbinden – wäre das nicht eine Lösung des Apathie-Problems, das so viele Politiker beklagen?« (Oskar Negt in der *Frankfurter Rundschau* vom 30. Juli 2004.

»Hilfe zur Selbsthilfe statt etwa dauerhafter Alimention für Arbeitsfähige. Insofern ist es wichtig, dass die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau und die scharfen Zumutbarkeitsregelungen zur Arbeitsaufnahme zum Jahresbeginn 2005 wirklich kommen und nicht im Bundesrat scheitern« (Oswald Metzger in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 27. Juni 2004).

Je höher das bedingungslose Grundeinkommen, desto mehr förderte es die Freiheit, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen. Denn der einzelne müßte sich um sein Auskommen nicht sorgen.

Stärkung der Familie

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Eltern. Sie stehen heute nicht selten vor dem Dilemma: entweder dem beruflichen Erfolg höchste Priorität einzuräumen und ihre Kinder verhältnismäßig früh in die Obhut von Betreuungseinrichtungen zu geben – oder selbst für die Kinder zu sorgen und damit das Gebot zu verletzen, beruflichen Erfolg anzustreben. Geben sie die Kinder früh in Betreuung, entreißen sie sie dem Schonraum der Familie.

Schädigungen der Persönlichkeitsentwicklung, die umso massiver sind, je früher Kinder der Familie entwöhnt werden, sind irreparabel und beeinträchtigen ein konkretes Leben dauerhaft. Die Folgen hat unser Gemeinwesen zu tragen.

Im Gegensatz dazu ermöglichte ein bedingungsloses Grundeinkommen den Eltern, sich frei zu entscheiden, was sie für wichtiger erachten. Beide Eltern könnten sich gleichermaßen Zeit nehmen, hätten die Chance, für ihre Kinder da zu sein. Für die Mütter würde dies eine große Entlastung bedeuten, wenn auch die Väter mehr zu Hause wären, als dies heute oft der Fall ist. Für die Familie insgesamt ist die Anwesenheit der Väter wünschenswert.

Neugierde und Erfahrung

Die Förderung von Neugierde könnte zur Maxime des Bildungswesens werden, Verwertbarkeit stünde nicht an erster Stelle. Neugierde ist die Voraussetzung für ein Denken, das ins Unbekannte vorstößt. Wie sehr man als Erwachsener dazu bereit ist, hängt entscheidend davon ab, inwiefern Eltern und das Bildungswesen dies fördern.

Vertrauen in Neugierde und in die Verantwortung der Eltern erlauben eine solche Freiheit. Nun könnte hier eingewandt werden, daß Eltern heute ihrer Verantwortung nicht mehr nachkommen, Kinder sich für alles, nur nicht für die Schule interessieren. Welchen Anteil daran tragen aber die bestehenden Ordnungen, müssen wir fragen? Wird Neugierde durch unsere Bildungseinrichtungen überhaupt gefördert? Werden Eltern nicht allzu oft bevormundet, wird ihnen nicht gar mißtraut – wie es die allgemeine Schulpflicht zum Ausdruck bringt? Können wir die Verweigerungshaltung von Schülern nicht ebenso gut als Protest dagegen verstehen, daß sie nicht ernstgenommen werden? Dies müssen wir bedenken, wollen wir nicht vorschnell Schlüsse darauf ziehen, woher manche dieser Probleme heute rühren.

Der Druck, der heute auf Jugendlichen lastet, ist der Feind jeden Wagnisses. Ihnen wird gepredigt, sie müßten um jeden Preis einen Weg in den Arbeitsmarkt finden, obwohl dieser immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Wir erlauben ihnen nicht, frei zu erkunden, was sie interessiert, Dinge auszuprobieren, ohne sich festlegen zu müssen, gerade zu einer Zeit, in der traditionell verlässliche Wege abhanden gekommen sind.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Freiheit schaffen, herauszufinden, worin die eigenen Stärken liegen. Die Wahl des

Berufes müßte nicht unter Zeitdruck und schon gar nicht um jeden Preis geschehen. Auch die Wahl eines Studiums wäre befreit von dem angestregten Bemühen, ein arbeitsmarktaugliches Zertifikat zu erhalten – ein Bemühen, das heute oft das Gegenteil dessen erreicht, was es erstrebt.

Innovation und Muße

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte den Geist der Neuerung. Es verschaffte eine finanzielle Absicherung, die Müßiggang erlaubte und förderte. Er ist die Voraussetzung für die Entstehung von Neuem, dem Entwickeln von Ideen und der Beschäftigung mit Dingen um ihrer selbst willen.

Innovative Ideen könnten frei entwickelt werden, Existenzsorgen müßte niemand haben. Das Entwickeln von Ideen wäre nicht von der Marktgängigkeit abhängig. Der Absatz an einem Markt könnte erfolgen, wenn das Produkt ausgereift wäre. Auch könnte es sich gegen die Marktregeln am Leben erhalten, und das wäre gut, denn wir wissen: der Markt entscheidet sich nicht immer für das beste Produkt.

Idee müßig zu entwickeln, würde in seiner Bedeutung für die politische Gemeinschaft anerkannt, ihm haftete nicht mehr der Makel der »Spinnerei« an. Muße würde zur Selbstverständlichkeit. Hingabe an eine Sache und Kreativität wären der Maßstab, an dem jede Tätigkeit, auch jede Erwerbstätigkeit, sich messen lassen müßte.

Engagement und Anerkennung

Während sowohl die Idee eines Niedriglohnsektors als auch die der allgemeinen Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung am Gebot der Erwerbsarbeit festhalten, befreite das bedingungslose Grundeinkommen von ihm.

Nur das Grundeinkommen eröffnet eine radikale Entscheidungsmöglichkeit dazu, wie man seinen Beitrag zum Gemeinwohl leisten will. Dieser Freiheit entspräche eine Verantwortungszumutung: Ganz gleich, wofür man sich entscheidet, es muß eine vernünftige Antwort auf die Chance der Freiheit darstellen. Denn mit der Entscheidung der Gemeinschaft, die Freiheit der Bürger zu stärken, ginge auch eine Verpflichtung einher: Die Freiheitschancen müßten sinnvoll genutzt werden. Aber es dürfte nicht vorgeschrieben werden, was als sinnvoll gälte. In der vernünftigen Nutzung der Freiheit bestünde dann ein Beitrag zum Gemeinwohl.

Wer einen Beruf ergreifen wollte, müßte sich für den auch dann noch bestehenden Arbeitsmarkt qualifizieren. Die Anforderungen an Arbeitskräfte werden zunehmen. Die Bereitschaft, sich in den Dienst einer Sache zu stellen, dem Zweck eines Unternehmens zu dienen, wäre von größerer Bedeutung als heute. Neuerungen erwachsen aus der Auseinandersetzung mit ungelösten Problemen, dazu würde das Grundeinkommen ermutigen. Eine wirkliche Kultur der Leistung würde gefördert und es nicht bei der rhetorischen Forderung danach belassen.

Leistung statt Lohnkostensenkung um jeden Preis würde der Wirtschaft der Zukunft ein neues Fundament geben. Statt Angst um Einkommensverlust würde die Chance auf Leistung und Innovation gefördert.

»Wir öffnen Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt und erwarten, dass sie den Weg gehen oder aber Sanktionen hinnehmen müssen. Wir nehmen der Arbeitslosigkeit den Nachwuchs. Wir reden also über einen wirklichen Mentalitätswandel, über ein neues Denken in der Arbeitswelt« (Wirtschaftsminister Wolfgang Clement in der *Süddeutschen Zeitung* vom 15. Oktober 2003).

»Auch eine Nation braucht insgesamt ein positives Selbstverständnis und ein positives Verhältnis zu sich selber. Nur so kann sich ein Wir-Gefühl entwickeln, das die Grundlage jeder Nation ist.«

(Johannes Rau in seiner letzten Rede als Bundespräsident am 12. Mai 2004).

Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Unternehmen wären aufgerufen, um leistungsbereite Mitarbeiter zu werben. Sie müßten ihnen gute Arbeitsbedingungen bieten, damit sie einen Arbeitsplatz annehmen. Ein Unternehmen, das Mitarbeiter gegeneinander ausspielte, verlöre sie angesichts eines bedingungslosen Grundeinkommens bald, denn das Grundeinkommen verleiht Verhandlungsmacht.

Automatisierungschancen zu nutzen, wäre gewünscht, ja erstrebenswert. Dies leistete einen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Rückgewinn von Lebenszeit. Ein bedingungsloses Grundeinkommen erlaubte zu automatisieren, wenn es unternehmerisch sinnvoll ist. Entlassene Mitarbeiter wären versorgt. Abfindungsregelungen, die der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber aushandelt, könnte es nach wie vor geben: Sie lägen in der Hand des einzelnen.

Gegenwärtig befinden sich Unternehmen, die Mitarbeiter entlassen wollen, in einem Konflikt: Auf der einen Seite sollen sie innovativ sein und Ressourcen schonen, also auch Arbeitskraft. Auf der anderen Seite sollen sie aber Arbeitsplätze schaffen, auch wenn sie diese nicht benötigen. Entscheiden sie sich für ersteres, werden sie kritisiert, entscheiden sie sich für die zweite Option, müssen sie auch kritisiert werden. Denn zu ihren Aufgaben gehört die Nutzung technologischer Problemlösungen in vollem Umfang. Wo Unternehmen darauf verzichten, verzichtet eine politische Gemeinschaft auf die Nutzung von Neuerungen. Jede der genannten Entscheidungen zeitigt heute unerwünschte Folgen. Aus diesem Dilemma gelangte man nur hinaus, wenn Automatisierung erstrebenswert würde und Einkommen nicht mehr über Erwerbsarbeit erzielt werden müßten.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Wirtschaft, weil unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige nicht aus politischen Überlegungen der Sozialverträglichkeit aufrechterhalten werden müßten. Subventionen, die heute in Branchen fließen, um sie künstlich marktfähig zu halten, stünden für andere Bereiche zur Verfügung.

Leistungsbereitschaft und die Förderung von Neuerungen würden im Zentrum stehen. Innere Kündigung oder Sabotage am Arbeitsplatz, heute unter anderem eine Reaktion auf die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, würden abnehmen.

Nur der Erwähnung bedarf es hier noch, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen einen umfassenden Abbau von Bürokratie in allen Bereichen, auch in den Sozialsystemen, ermöglichte. Denn heute noch durchgeführte Kontrollen und Bevormundungen wären nicht mehr notwendig. Statt Arbeitsagenturen zu unterhalten und Kapital unnützlich zu verschwenden, legten wir diese Entscheidungen in die Hand der Bürger. Hilfsangebote sollten natürlich vorgehalten werden, doch sind es Angebote, keine Verpflichtungen. Demotivierende Effekte der Kontrollen verschwänden. Nicht Arbeitslosigkeit gäbe es, sondern Freiheit dazu, seinen Interessen nachzugehen.

Einwände

»Aber wer arbeitet dann noch? Und wer erledigt die Tätigkeiten, die nicht sehr attraktiv, aber doch unerlässlich sind?«

Erwerbsarbeit würde es weiterhin geben und alle, die dies jetzt schon aus Hingabe an eine Sache tun, sich mit ihr identifizieren, würden durch das Grundeinkommen in ihrem Interesse bestärkt. Sie sind wahrscheinlich auch diejenigen, die schon heute Neuerungen hervorbringen. Doch werden sie einer Erwerbsarbeit nicht mehr unter allen Bedingungen nachgehen müssen. Und dort, wo einfachere Tätigkeiten verlässlich und gewissenhaft verrichtet werden müssen, hätten Bürger künftig die Freiheit, schlechte Arbeitsbedingungen abzulehnen.

»Wie hoch soll das Grundeinkommen denn sein?« Angaben über die Höhe eines Grundeinkommens leiden heute unter einem einfachen Problem: Die Kaufkraft des Einkommens besteht immer nach gegenwärtigen Preisen. Wenn das Grundeinkommen aber einen Wandel unseres Wertgefüges nach sich zieht, wird sich auch die Wertschätzung für bestimmte Güter und Dienstleistungen wandeln. Nicht nur steht zu vermuten, daß manche Güter vom Markt verschwinden, andere würden stärker nachgefragt. Doch können wir dies lediglich vermuten und keine verlässliche Auskunft über reale Entwicklungen geben.

Vor allem aber ist die gewünschte Höhe des Grundeinkommens nicht durch Expertise zu bestimmen. Experten können allenfalls einschätzen, ob eine gewünschte Höhe realisierbar wäre, nicht aber, ob sie gewollt wird. Dazu muß über die Höhe zuerst einmal gestritten werden, sie hängt also wesentlich davon ab, wie hoch es nach unserem Dafürhalten sein soll. Rechenmodelle dürfen politische Gestaltung nicht ersetzen, wie man gegenwärtig oft den Eindruck gewinnen kann.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hat eine entscheidende Voraussetzung: Das Gemeinwesen muß in die Gemeinwohlbindung seiner Bürger vertrauen. Es muß darauf vertrauen, daß die Bürger ihren Beitrag leisten wollen. Dies ist schon heute die Grundlage jeglicher demokratischer Ordnung, von daher also wäre ein Grundeinkommen nur die Konsequenz aus der Gegenwart – eine aus der Realität erwachsene Utopie.

»Unsere Gesellschaft ist auf Arbeit aufgebaut, ihr Wohlstand durch Arbeit geschaffen (...). Zugleich bleibt Arbeit die wichtigste Quelle psychischer Stabilität und sozialer Identität; sie vermittelt Menschen Lebenssinn, verhilft ihnen zu Respekt und Selbstrespekt. Daran wird sich so schnell nichts ändern: Als Norm und als Realität bleibt Erwerbsarbeit zentral für den Zusammenhalt und die Kultur unserer Gesellschaft« (Olaf Scholtz, SPD, »Gerechtigkeit und solidarische Mitte im 21. Jahrhundert«).